

Enzyklopädie Europarecht

Herausgegeben von Armin Hatje und Peter-Christian Müller-Graff

Armin Hatje | Peter-Christian Müller-Graff [Hrsg.]

Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht

2. Auflage



Nomos

DIKE

facultas

Dieser Band ist Bestandteil der 2. Edition der Enzyklopädie Europarecht.

Diese beinhaltet folgende Bände:

- Band 1: Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht, 2. Auflage
- Band 2: Europäischer Grundrechtsschutz, 2. Auflage
- Band 3: Europäisches Rechtsschutz- und Verfahrensrecht, 2. Auflage
- Band 4: Europäisches Binnenmarkt- und Wirtschaftsordnungsrecht, 2. Auflage
- Band 5: Europäisches Sektorales Wirtschaftsrecht, 2. Auflage
- Band 6: Europäisches Privat- und Unternehmensrecht, 2. Auflage
- Band 7: Europäisches Arbeits- und Sozialrecht, 2. Auflage
- Band 8: Europäische Querschnittpolitiken, 2. Auflage
- Band 9: Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, 1. Auflage
- Band 10: Europäischer Freizügigkeitsraum –
Unionsbürgerschaft und Migrationsrecht, 1. Auflage
- Band 11: Europäisches Strafrecht, 2. Auflage
- Band 12: Europäische Außenbeziehungen, 2. Auflage

Enzyklopädie Europarecht [EnzEuR]

Band 1:

Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht

Gesamtherausgeber der Enzyklopädie:

Prof. Dr. Armin Hatje

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff

Gesamtschriftleitung:

Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte

Enzyklopädie Europarecht [EnzEuR]

Armin Hatje | Peter-Christian Müller-Graff [Hrsg.]

Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht

2. Auflage

Prof. Dr. Necla Akdağ Güney, Istanbul | Prof. Dr. Christian Baldus, Heidelberg | Bianca Böhme, LL.M., Saarbrücken | RA Dr. Dominik Braun, Stuttgart | RA Dr. Manuel Brunner, LL.M., Hamm | Dr. Dirk Buschle, Wien | Ass. Prof. Dr. Merijn Chamon, Maastricht | Prof. Dr. Claus Dieter Classen, Greifswald | Prof. Dr. Philippe Coursier, Paris Descartes | RiEuGH Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas von Danwitz, Luxemburg | Prof. em. Dr. Thomas Eger, Hamburg | Prof. Dr. Astrid Epiney, Freiburg i. Ue | Prof. Dr. Volker Epping, Hannover | Vera Fiebelkorn, Potsdam | Stine von Förster, Hamburg | Nicola Forster, Zürich | Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Petter Graver, Oslo | Dr. Andreas Grimmel, Hamburg | Prof. Dr. Jürgen Grunwald, M.C.L., Tervuren | Prof. Dr. Ulrich Häde, Frankfurt (Oder) | Prof. Dr. Ines Härtel, Frankfurt (Oder) | Prof. Dr. Armin Hatje, Hamburg | Dr. Wolfgang Heusel, Trier | Prof. Dr. Dr. h.c. Stephan Hobe, Köln | Dr. Lena Hornkohl, LL.M., Luxemburg | Prof. Dr. Cord Jakobeit, Hamburg | RA Dr. Lorenz Jarass, Frankfurt a. M. | Prof. Dr. Christine Kaddous, Genf | Prof. Dr. Friedemann Kainer, Mannheim | Prof. Dr. Zhenis Kembayev, Almaty | Prof. Dr. Sebastian Graf von Kielmansegg, Kiel | Prof. Dr. Miklós Király, Budapest | Prof. Dr. Jan Klabbers, Helsinki | Prof. Dr. Markus Kotzur, Hamburg | Prof. Dr. Dr. h.c. Kazimierz Lankosz, Krakau | Prof. Dr. Franz C. Mayer, Bielefeld | Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff, Ph.D.h.c., MAE, Heidelberg | Prof. Dr. Till Müller-Ibold, LL.M., Brüssel | Dr. iur. des. Tobias Naef, Zürich | Prof. Dr. Ulla Neergaard, Kopenhagen | Prof. Dr. Joakim Nergelius, Örebro | Prof. Dr. Matthias Pechstein, Frankfurt (Oder) | Prof. Dr. Roman Petrov, Kiew | Dr. Hans Arno Petzold, Kiel | Dr. Hannes Rathke, LL.M., Berlin | Prof. Dr. René Repasi, Rotterdam | RiEuGH Prof. Dr. Siniša Rodin, Luxemburg | RA Dr. Nicolas Sölter, Hamburg | Prof. Dr. Gernot Sydow, M.A., Münster | Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte, Lüneburg | Prof. Dr. Daniel Thym, Konstanz | Prof. Dr. Robert Uerpmann-Witzack, Regensburg | Prof. Dr. Peter Van Elsuwege, Gent | Pieter Van Vaerenbergh, LL.M., Saarbrücken | Prof. em. Dr. Hans-Jürgen Wagener, Frankfurt (Oder) | Prof. Dr. Andrea Wechsler, Pforzheim | Prof. Dr. Mattias Wendel, Leipzig | Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger, Augsburg



Nomos

DIKE

facultas

Zitiervorschlag:

Autor in Hatje/Müller-Graff (Hrsg.), Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht (EnzEuR Bd. 1), § ..., Rn. ...

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6467-9 (Print – Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden)

ISBN 978-3-7489-0857-9 (ePDF – Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden)

ISBN 978-3-03891-201-9 (Dike Verlag, Zürich/St. Gallen)

ISBN 978-3-7089-1962-1 (facultas Verlag, Wien)

2. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort der Gesamtherausgeber zur 2. Edition

Die positive Aufnahme der 1. Ausgabe der Enzyklopädie Europarecht und die fortlaufenden Änderungen des maßgeblichen Rechts haben uns veranlasst, diese neue Ausgabe in Angriff zu nehmen. Sie entwirft, wie schon ihre Vorgängerin, ein systemgeleitetes Panorama des Europarechts in seiner ganzen Breite und Vielgestaltigkeit auf dem neuesten Stand. Zugleich liefern die Teilbände verlässliche Informationen über die jeweils behandelten Organisationen und Rechtsgebiete. Die fortlaufenden Entwicklungen in zwei der vertragspositiv der Europäischen Union aufgegebenen operativen Hauptziele haben uns veranlasst, das Werk um zwei Bände zu ergänzen. Zum einen wird das Recht der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nunmehr vertieft und zusammenhängend in einem eigenen Band behandelt (Band 9). Zum anderen ist dem Europäischen Freizügigkeitsraum, mithin dem Freizügigkeits- und Migrationsrecht, als Teil des unionsvertraglich sogenannten Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gleichermaßen ein gesamt Einzelband gewidmet (Band 10). Die Bände 9 (Europäisches Strafrecht) und 10 (Europäische Außenbeziehungen) der 1. Ausgabe erhalten neu die Bandzählung 11 und 12. Da die Ausgabe mithin zwei erstaufgelegte und zehn zweitaufgelegte Bände umfasst, handelt es sich werktechnisch um eine zweite Edition. Mit dieser hoffen wir, unserem Anliegen gerecht zu werden, mit der Enzyklopädie ein ebenso systemfundiertes wie umfassendes Orientierungs- und Referenzwerk vorzulegen.

Armin Hatje

Peter-Christian Müller-Graff

Vorwort der Gesamtherausgeber

Die Enzyklopädie – EnzEuR – versteht sich als grundlegender Beitrag zur Einheitsbildung im Europarecht. Das Europarecht hat seit mehr als einem halben Jahrhundert einen epochalen Aufstieg genommen. Heute zählt es im Verbund mit den es tragenden nationalen Rechtsordnungen zu den großen Rechtssystemen der Welt. Es weist im globalen Vergleich ein historisch und rechtskategorial einzigartiges Profil mit zahlreichen Facetten auf. Die meisten europäischen Staaten haben in den letzten 60 Jahren ihre Kräfte in internationalen und supranationalen Organisationen gebündelt, um gemeinsam Aufgaben zu erfüllen, denen der Einzelstaat nicht mehr gewachsen ist. Zwar wird die Europäische Union als die zweifellos bedeutsamste Organisation weithin mit „Europa“ gleichgesetzt. Sie ist jedoch nur eine von vielen Organisationen, derer sich die Europäer bedienen, um ihre gemeinsamen Ziele zu verfolgen. Der organisatorischen Vielfalt korrespondiert, zumindest vordergründig betrachtet, eine Zersplitterung der Rechtsquellen des europäischen Rechts, welche dem Ziel der Einheitsbildung auf dem Kontinent zu widersprechen scheint. Umso bedauerlicher ist es, dass eine konzeptionsgeleitete und rechtspositiv verlässliche Gesamtdarstellung der vielgliedrigen Ausfaltungen des Europarechts auf dem gegenwärtigen Stand fehlt. Die „Enzyklopädie des Europarechts“ will diese Lücke schließen und ein ebenso fundiertes wie umfassendes Orientierungs- und Referenzwerk für das gesamte Europarecht bieten.

Ziel des auf zehn Bände angelegten Werkes ist eine aufeinander abgestimmte Durchdringung der einzelnen Bereiche des Gesamtsystems des Europarechts, die in der Behandlung ihrer Gegenstände systematisch von den positiven konzeptionellen Grundlagen über die daraus sich ableitenden allgemeinen Regeln zu den Einzelfragen fortschreitet. Die Enzyklopädie des Europarechts – EnzEuR – soll die Wirtschafts- und Rechtspraxis ebenso wie die Rechtspolitik und die Wissenschaft über die Gesamtheit des europäischen Rechts informieren und seiner Fortentwicklung solide systemrationale Wegweisungen bieten.

Armin Hatje

Peter-Christian Müller-Graff

Vorwort der Herausgeber zur 2. Auflage

Europarecht behauptet und entwickelt sich in besonderem Maße im Strom der Zeit. Die vorliegende 2. Auflage des dem Europäischen Organisations- und Verfassungsrecht gewidmeten ersten Bandes der Enzyklopädie Europarecht bildet in ihren Einzelkapiteln die stabilen Grundstrukturen ebenso wie die zahlreichen Entwicklungen und Vertiefungen seit der vor sieben Jahren erschienenen 1. Auflage ab. Sie ist zudem in ihren vier Hauptteilen thematisch wesentlich erweitert.

In den Grundlagenteil neu einbezogen sind die völkerrechtlichen Grundlagen des Europarechts (§ 5) und die rechtswissenschaftlichen Anforderungen an das Europarecht (§ 6).

Im zweiten, das Recht der Europäischen Union und deren rechtliche Sonderverbindungen behandelnden Teil ist die materiellrechtliche Mission der Union in einem bündelnden neuen Kapitel zu den Vertragszielen hervorgehoben (§ 8) und mittels neuer Kapitel zum Recht ihrer im vertraglichen Zielartikel ausgewiesenen vier operativen Hauptziele strukturiert (§§ 9–12: Binnenmarkt im Ordnungsrahmen; Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts; Wirtschafts- und Währungsunion; Gemeinsames auswärtiges Auftreten). Neu aufgenommen sind in der organisatorischen Struktur der Union die sich ausweitenden Rechtsbereiche der Agenturen (§ 18) und der Struktur- und Investitionsfonds (§ 23) und bei den rechtlichen Sonderverbindungen zur Union die Verhältnisse zu Grönland (§ 26) und den europäischen Mikrostaaten (§ 27).

Im dritten, das Recht der organisatorisch verfestigten Partnerschaften der Europäischen Union zu Drittstaaten umfassenden Teil ist ein Kapitel zum Rechtsverhältnis zum Vereinigten Königreich eingefügt (§ 31).

Der vierte, mit dem Recht weiterer europäischer Organisationen befasste Teil ist um Kapitel zum Recht der Europäischen Normungsorganisationen (§ 43), der Europäischen Forschungs- und Bildungsorganisationen (§ 46) und der Eurasischen Wirtschaftsunion (§ 49) erweitert.

Armin Hatje

Peter-Christian Müller-Graff

Vorwort der Herausgeber zur 1. Auflage

Das europäische Organisations- und Verfassungsrecht besteht nicht um seiner selbst willen. Es dient dem politischen Ziel, in der Vielfalt der Staaten, Völker und Kulturen in Europa eine dauerhaft verlässliche Ordnung des Friedens, der Freiheit, des Rechts und des Wohlergehens zu ermöglichen. Dazu sind seit mehr als sechs Jahrzehnten zahlreiche Konzepte entwickelt worden. Aber erst seit Mitte des 20. Jahrhunderts sind sie in verschiedene transnationale organisations- und kooperationsrechtliche Wirklichkeiten eingemündet.

Der vorliegende Band hat zum Ziel, das seitdem vielfältig und dynamisch aufgewachsene Geflecht des Rechts der transnationalen europäischen Organisationen und Kooperationen in seinen Leitpunkten, Einzelausfaltungen und Verbindungen systematisch zu durchdringen. Zu diesem Zweck ist er nach einer funktionalen und organisationellen Querschnittsbetrachtung in fünf Teile gegliedert. Sie behandeln die begrifflichen und theoretischen Grundlagen des europäischen Organisations- und Verfassungsrechts, die Europäische Union und ihr verbundene Organisationen, die organisatorisch verfestigten Partnerschaften der Europäischen Union, die weiteren europäischen Organisationen und die Perspektiven der europäischen Integration.

Das einleitende Chapeau analysiert die Vielfalt der europäischen internationalen Organisationen und Kooperationen in einem Querschnittvergleich unter zehn Gesichtspunkten: dem Beteiligtenkreis, der Zwecksetzung, dem sachthematischen Tätigkeitsradius, dem Organisationsgrad, den Verfahren, den Instrumenten, der Regelungsdichte, der Rechtsnatur, dem Mechanismus zur Lösung von Auslegungskonflikten und für den Rechtsschutz sowie den Verbindungen der Organisationen und Kooperationen untereinander (§ 1).

Daran anschließend werden die begrifflichen und theoretischen Grundlagen des europäischen Organisations- und Verfassungsrechts mithilfe von vier Messpunkten kartiert: der Integrationstheorie, der Wirtschaftstheorie, den mitgliedstaatlichen Verfassungsrechten und dem Differenzierungskonzept innerhalb der Europäischen Union (§§ 2 bis 5).

Der zweite Hauptteil widmet sich speziell dem Organisations- und Verfassungsrecht der Europäischen Union und drei mit ihr rechtlich oder faktisch verbundenen Organisationen. Vor dem Hintergrund der historischen Herkunft der Union (§ 6) wird der Grundriss des materiellen Unionsrechts mit deren Prinzipienordnung, den Grundfreiheiten und der Wettbewerbsordnung sowie der Unionsbürgerschaft und dem Grundrechtsschutz abgesteckt (§§ 7 bis 9) und sodann das Organisationsrecht unter sechs Ordnungselementen entfaltet: der Organordnung, der Gesetzgebungsordnung, der Verwaltungsvollzugsordnung, der Rechtsschutzordnung, der Finanzordnung und der Mitgliedschaftsordnung (§§ 10 bis 14). Daran anschließend behandelt werden die Europäische Atomgemeinschaft (EAG), der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und die Benelux-Union als Laboratorium für eine erweiterte Integration (§§ 15 bis 18).

Der dritte Hauptteil befasst sich mit sechs organisatorisch verfestigten Partnerschaften der Europäischen Union: zuvörderst mit dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und der Zusammenarbeit zwischen der Union und der Schweiz und sodann mit den Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen Südosteuropa, der Östlichen Partnerschaft als besonderer Ausprägung der Nachbarschaftspolitik der Union, den Abkommen zwischen der Union und der Türkei sowie den Europa-Mittelmeer-Abkommen einschließlich der Mittelmeerunion (§§ 19 bis 24).

Der vierte Hauptteil analysiert elf weitere europäische Organisationen: den Europarat, die Europäische Freihandelszone (EFTA), das Mitteleuropäische Freihandelsabkommen (CEFTA), die Nordische Zusammenarbeit (Nordischer Rat und Nordischer Ministerrat), den Ostseerat, die Europäische Patentorganisation (EPO), EUROCONTROL, die Energie-

Vorwort der Herausgeber zur 1. Auflage

gemeinschaft, die OECD, die OSZE, die (frühere) WEU und NATO sowie die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) (§§ 25 bis 36).

Das Schlusskapitel thematisiert den perspektivischen Ausblick der europäischen Integration unter dem Gesichtspunkt der offenen Finalität zwischen Vielfalt und Einheit im Licht der Dynamik der Entwicklung der Aufgaben und Ziele (§ 37).

Die Herausgeber danken den in- und ausländischen Autoren für ihren hingebungsvollen Einsatz und dem Verlag für dessen unermüdliche Unterstützung des nunmehr vorliegenden Werkes.

Hamburg/Heidelberg, Mai 2014

Armin Hatje

Peter-Christian Müller-Graff

Inhaltsübersicht

Vorwort der Gesamtherausgeber zur 2. Edition	5
Vorwort der Gesamtherausgeber	6
Vorwort der Herausgeber zur 2. Auflage	7
Vorwort der Herausgeber zur 1. Auflage	9
Bearbeiterverzeichnis	43
Abkürzungsverzeichnis	49

§ 1 Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht (<i>Hatje/Müller-Graff</i>)	65
--	----

A.

Begriffliche und theoretische Grundlagen des europäischen Organisationsrechts und Verfassungsrechts

§ 2 Die integrationstheoretischen Grundlagen des Europarechts (<i>Grimmel/Jakobeit</i>)	105
§ 3 Die wirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen der europäischen Integration (<i>Eger/Wagener</i>)	129
§ 4 Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Europarechts (<i>Mayer/Wendel</i>) ...	181
§ 5 Völkerrechtliche Grundlagen der Europäischen Union (<i>Kotzur</i>)	297
§ 6 Rechtswissenschaftliche Anforderungen des Europarechts (<i>Baldus</i>)	315
§ 7 Historische Entwicklung der Europäischen Union (<i>Hatje/von Förster</i>)	335

B.

Europäische Union und verbundene Organisationen

§ 8 Die Vertragsziele der Europäischen Union (<i>Müller-Graff</i>)	359
§ 9 Das Recht des Binnenmarktes: Grundfreiheiten und Wettbewerbsordnung (<i>Müller-Graff</i>)	401
§ 10 Das Recht des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (<i>Repasi</i>) ...	469
§ 11 Das Recht des Ziels der Wirtschafts- und Währungsunion (<i>Rathke</i>)	509
§ 12 Das Recht der Außenbeziehungen (<i>Müller-Ibold</i>)	559
§ 13 Grundrechtsschutz und Unionsbürgerschaft (<i>Wollenschläger</i>)	639
§ 14 Prinzipienordnung der Europäischen Union (<i>Terhechte</i>)	773
§ 15 Organordnung der Europäischen Union (<i>Hatje/von Förster</i>)	813
§ 16 Gesetzgebungsordnung der Europäischen Union (<i>Härtel</i>)	895

Inhaltsübersicht

§ 17 Durchführung des Unionsrechts (<i>Sydow</i>)	983
§ 18 Agenturen der Europäischen Union (<i>Sölter</i>)	1027
§ 19 Rechtsschutz in der Europäischen Union (<i>von Danwitz</i>)	1061
§ 20 Finanzordnung der Europäischen Union (<i>Häde</i>)	1111
§ 21 Mitgliedschaftsordnung der Europäischen Union (<i>Pechstein</i>)	1151
§ 22 Einheit in Vielfalt: Binnendifferenzierung der EU-Integration (<i>Thym</i>)	1173
§ 23 Struktur- und Investitionsfonds der Europäischen Union (<i>Fiebelkorn/ Petzold</i>)	1225
§ 24 Europäische Atomgemeinschaft (<i>Grunwald</i>)	1247
§ 25 Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) (<i>Häde</i>)	1297
§ 26 Die rechtlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union, Grönland und Dänemark (<i>Neergaard</i>)	1313
§ 27 Europäische Union und Europäische Mikrostaaten (<i>Naef/Forster</i>)	1339
§ 28 Die Benelux-Union: Ein Laboratorium für eine erweiterte Integration (<i>Van Elsuwege/Chamon</i>)	1357

C.

Organisatorisch verfestigte Partnerschaften der Europäischen Union

§ 29 Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) (<i>Graver</i>)	1373
§ 30 Die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Schweiz (<i>Kaddous</i>)	1391
§ 31 Die Beziehung der Europäischen Union zum Vereinigten Königreich (<i>Kainer</i>)	1443
§ 32 Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen Südosteuropa (<i>Rodin</i>)	1533
§ 33 Die Östliche Partnerschaft als besondere Ausprägung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (<i>Petrov/Braun</i>)	1549
§ 34 Abkommen Europäische Union – Türkei (<i>Akdağ Güney</i>)	1581
§ 35 Europa-Mittelmeer-Abkommen – Union für das Mittelmeer (<i>Coursier</i>)	1605

D.

Weitere europäische Organisationen

§ 36 Europarat (<i>Uerpmann-Witzack</i>)	1625
§ 37 Europäische Freihandelszone (EFTA) (<i>Epiney</i>)	1661

§ 38	Mitteuropäisches Freihandelsabkommen (Central European Free Trade Agreement – CEFTA) (<i>Király</i>)	1683
§ 39	Nordischer Rat und Nordischer Ministerrat (<i>Nergelius/Jarass</i>)	1707
§ 40	Ostseerat (<i>Klabbers</i>)	1721
§ 41	Europäische Patentorganisation (<i>Wechsler</i>)	1731
§ 42	EUROCONTROL (<i>Hobe</i>)	1785
§ 43	Europäische Normungsorganisationen (<i>Hornkohl</i>)	1797
§ 44	Die Energiegemeinschaft (<i>Buschle</i>)	1851
§ 45	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (<i>Van Vaerenbergh/Böhme</i>)	1875
§ 46	Europäische Forschungs- und Bildungsorganisationen (<i>Heusel</i>)	1915
§ 47	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) (<i>Epping/Brunner</i>)	1977
§ 48	WEU und NATO (<i>Kielmansegg</i>)	2045
§ 49	Die Eurasische Wirtschaftsunion (<i>Kembayev</i>)	2067
§ 50	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (<i>Lankosz</i>)	2077

E.

Perspektiven der europäischen Integration

§ 51	Zur offenen Finalität der europäischen Integration (<i>Classen</i>)	2089
Allgemeines Literaturverzeichnis		2141
Stichwortverzeichnis		2149

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Gesamtherausgeber zur 2. Edition	5
Vorwort der Gesamtherausgeber	6
Vorwort der Herausgeber zur 2. Auflage	7
Vorwort der Herausgeber zur 1. Auflage	9
Bearbeiterverzeichnis	43
Abkürzungsverzeichnis	49
§ 1 Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht	65
A. Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht als vielfältige Erscheinung	67
B. Der Beteiligtenkreis	68
I. Gesamteuropäische Organisationen mit nahezu ausschließlich europäischen Mitgliedstaaten	69
II. Potenziell gesamteuropäische Organisationen oder Kooperationen mit ausschließlich „europäischen“ Mitgliedstaaten	69
III. Bilaterale Kooperationen der Europäischen Union mit europäischen Drittstaaten	71
IV. Regionale europäische Organisationen oder Kooperationen	71
V. Organisationen und Kooperationen mit Mitgliederschwerpunkt in Europa unter maßgeblicher Beteiligung außereuropäischer Staaten	72
C. Die Zwecksetzung	73
I. Gemeinwesenartig-komplexe Zielsetzung	73
II. Funktionsspezialisierte Zielsetzungen	74
III. Offene Zielsetzungen der Kooperation	75
D. Der sachthematische Tätigkeitsradius	76
I. Sachkompetenziell strukturierter weiter Aktionsradius	76
II. Sachkompetenziell spezialisierter Aktionsradius	78
III. Thematisch und/oder kompetenziell schwächer strukturierter oder offener Aktionsradius	79
E. Der Organisationsgrad	79
I. Strukturelle Dimension	80
II. Institutionelle Dimension	81
III. Prozedurale Dimension	83
F. Die Verfahren	84
I. Grundsätze der Willensbildung	84
II. Vollzugsverfahren	85
III. Kontrolle	86

Inhaltsverzeichnis

G. Die Instrumente	88
I. Verbindliche Handlungsformen	89
II. Unverbindliche Handlungsformen	90
H. Regelungsdichte	90
I. Vorbemerkung	90
II. Rechts- und Gesetzgebungsgemeinschaften	91
III. Verwaltungsorganisationen	91
IV. Politische Kooperationen	92
I. Die Rechtsnatur	92
I. Internationale Organisationen mit Gestaltungsbefugnissen	93
II. Intergouvernementale Kooperationen	93
III. Integrationsgemeinschaften	93
J. Der Mechanismus zur Lösung von Auslegungskonflikten und für Rechtsschutz	94
I. Bedürfnisse	94
II. Lösungsmechanismen	95
III. Fehlender gerichtlicher Mechanismus	97
K. Die Verbindungen der Organisationen und Kooperationen untereinander	98
I. Die Unverbundenheit des Gesamtspektrums	98
II. Vertragliche Verbindungen	98
III. Funktionale Verbindungen	100
IV. Institutionelle Verbindungen	101
V. Der Topos eines Gesamtentwurfs	101

A.

Begriffliche und theoretische Grundlagen des europäischen Organisationsrechts und Verfassungsrechts

§ 2 Die integrationstheoretischen Grundlagen des Europarechts	105
A. Einleitung	107
B. Frühe Ideen der europäischen Einigung	110
C. Föderalismus und Funktionalismus	115
D. Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus	117
E. Mehrebenenansätze und Governance	119
F. Die Annäherung von Rechts- und Politikwissenschaft	120

§ 3	Die wirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen der europäischen Integration	129
A.	Einleitung	131
	I. Überblick: Integration	131
	II. Historische Entwicklung: Von der Montanunion zur EWWU	133
	III. Das ökonomische Grundproblem: Markt und Staat	134
B.	Die wirtschaftliche Integration Europas	136
	I. Wirtschaftsräume und Staaten	136
	II. Formen der wirtschaftlichen Integration	142
	III. Der Gemeinsame Markt	145
	IV. Gemeinsame Wirtschaftspolitik	161
	V. Monetäre Integration	168
C.	Ausblick: Tiefe Integration – ein politisches Trilemma?	177
§ 4	Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Europarechts	181
A.	Überblick, theoretische Einordnung und Entwicklungskontext	185
	I. Überblick	185
	II. Mitgliedstaatliches Integrationsverfassungsrecht im Europäischen Verfassungsverbund	186
B.	Das Integrationsverfassungsrecht der EU-Mitgliedstaaten	190
	I. Integrationsermächtigungen	190
	II. Grenzen	209
	III. Informations- und Beteiligungsrechte am supranationalen Rechtssetzungsprozess	226
	IV. Verhältnis von Unionsrecht und nationalem Recht	236
	V. Einzelfragen – sonstiges Europaverfassungsrecht	279
C.	Verfassungsrechtliche Aspekte des Austritts aus der EU	284
D.	Ausblick	287
§ 5	Völkerrechtliche Grundlagen der Europäischen Union	297
A.	Eine Vorfrage: Die Union als völkerrechtlicher Akteur – die Völkerrechtspersönlichkeit der Union	298
B.	Der Theorierahmen: Völkerrecht und EU-Recht – die Unionsverträge zwischen internationalem Abkommen und transnationaler Verfassung	299
	I. Eine Frage der Perspektive	299
	II. Eine entwicklungsgeschichtliche Standortbestimmung	300
C.	Das Verhältnis von Unionsrecht und Völkerrecht – dogmatisch betrachtet	304
	I. Eine Vorfrage: Monismus, Dualismus, Pluralismus	304

Inhaltsverzeichnis

II. Die Einzelfragen: Zur Geltung der völkerrechtlichen Rechtsquellen im Recht der Europäischen Union	306
D. Das Verhältnis von Unions- und Völkerrecht – konkretisiert an Beispielen	309
I. Artikel 50 EUV – Der Austritt aus der Europäischen Union (BREXIT)	309
II. Das Verhältnis von Unionsrecht und EMRK – Letztentscheidungskompetenzverteilung zwischen EuGH und EGMR	310
III. Das Verhältnis von Unionsrecht und dem Recht der WTO	310
IV. Schiedsgerichtsverfahren – Swordfish-Case EU/Chile	311
E. Ausblick und Fazit	312
§ 6 Rechtswissenschaftliche Anforderungen des Europarechts	315
A. Grundlagen	315
I. Autonomie, Verflochtenheit und Perspektivität	315
II. Wissenschaftstheorie und Funktion der Europarechtswissenschaft	317
III. Europäische Methode und nationale Sichtweisen	318
B. Interaktion mit der Rechtsprechung	322
I. Europäische Gerichte	322
II. Nationale Gerichte	325
III. Subjektivismus der Wissenschaft	327
C. Interaktion mit nationalen Wissenschaftstraditionen	328
I. Rahmenbedingungen am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland	328
II. Forschung und Lehre	330
III. Projekte und Perspektiven	332
§ 7 Historische Entwicklung der Europäischen Union	335
A. Die Entstehung einer Idee: Europa	336
I. Entwicklungen bis zum ersten Weltkrieg	336
II. Europa zwischen den Weltkriegen	337
III. Europa von 1933–1945	338
B. Idee und Organisation Europas nach dem Zweiten Weltkrieg	339
I. Motive	339
II. Organisationsformen	339
C. Von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zur Europäischen Union	341
I. Schumann-Plan und EGKS	341
II. Pariser Verträge und WEU	342
III. Römische Verträge – Die europäischen Gemeinschaften	342
IV. Fusionsvertrag	343

V. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, später OSZE)	343
VI. Schengener Abkommen	344
VII. Einheitliche Europäische Akte	345
VIII. Vertrag von Maastricht – Gründung der Europäischen Union	345
IX. Vertrag von Amsterdam	346
X. Vertrag von Nizza	347
XI. Vertrag von Lissabon	347
D. Erweiterungen	347
E. Krisen des Integrationsprozesses	348
I. Europäische Verteidigungsgemeinschaft scheitert	348
II. „Politik des leeren Stuhls“ und Luxemburger Vereinbarung	349
III. Eurosklerose	350
IV. Scheitern der Europäischen Verfassung	350
V. Die „Eurokrise“	350
VI. Der Austritt Großbritanniens aus der EU („Brexit“)	351
VII. Ungelöste Probleme	352
F. Ausblick	354

B.

Europäische Union und verbundene Organisationen

§ 8 Die Vertragsziele der Europäischen Union	359
A. Die primärrechtliche Zielbindung der Europäischen Union	363
B. Die primärrechtliche Leitzieltrias der Europäischen Union (Art. 3 Abs. 1 EUV)	365
I. Friedensförderung	366
II. Werteförderung	367
III. Wohlergehensförderung	375
C. Das primärrechtliche operative Hauptzielquartett der Europäischen Union	376
I. Errichtung eines Binnenmarktes im Ordnungsrahmen (Art. 3 Abs. 3 EUV)	376
II. Gewährleistung eines grenzkontrollfreien Binnenraums („Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“) (Art. 3 Abs. 2 EUV)	381
III. Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion (Art. 3 Abs. 4 EUV) ...	384
IV. Selbstbehauptung in den Beziehungen zur übrigen Welt (Auswärtiges Handeln der Union) (Art. 3 Abs. 5 EUV)	386
V. Integrationskonzeptioneller Zusammenhang der operativen Hauptziele ...	389

Inhaltsverzeichnis

D. Rechtliche Wirkungsdimension der Vertragsziele: normergänzende, norminterpretative und normgestaltende Wirkungen	390
I. Normergänzende Wirkungen der Vertragsziele	390
II. Norminterpretative Wirkungen der Vertragsziele	392
III. Normgestaltende Wirkungen der Vertragsziele	392
E. Rechtskategoriale und organisationelle Implikationen der Vertragsziele	394
I. Rechtskategoriale Implikationen der Vertragsziele	394
II. Organisationelle Implikationen der Vertragsziele	394
F. Gesellschaftsintegratives Potenzial der Vertragsziele	396
§ 9 Das Recht des Binnenmarktes: Grundfreiheiten und Wettbewerbsordnung ...	401
A. Die binnenmarktlichen Grundfreiheiten als Ankernormen und Fixsterne des unmittelbar anwendbaren supranationalen Verfassungsvertragsrechts der Europäischen Union	410
B. Herkunft und Grundkonzept	411
I. Urgestein des supranationalen Europarechts	411
II. Grundkonzept	412
C. Spezifische rechtliche Charakteristika der Grundfreiheiten und Wettbewerbsregeln	415
I. Unmittelbare Anwendbarkeit	415
II. Anwendungsvorrang	418
D. Die von Grundfreiheiten und Wettbewerbsregeln sachgegenständlich erfassten Märkte	419
I. Produktionsfaktoren	419
II. Produkte	420
E. Die Reichweite der Grundfreiheiten im Querschnittvergleich	421
I. Freiheitsinhaberschaft	422
II. Adressatenschaft (Verpflichtete)	423
III. Grundsätzlicher Gewährleistungsgehalt	428
IV. Einschränkungsvoraussetzungen zugunsten mitgliedstaatlicher Schutzgutpolitik	431
F. Die Reichweite der Wettbewerbsregeln im Querschnittvergleich	438
I. Wettbewerbsregeln als Ordnungsrecht für Systemfreiheit, Legitimation von Wirtschaftsmacht, Schutz der Marktteilnehmer, wirtschaftliche Effizienz und den Zusammenhalt der Union	439
II. Grundsätzlicher Gewährleistungsgehalt	440
III. Adressaten der Verbote der Wettbewerbsverfälschung	445
IV. Einschränkungsvoraussetzungen	446

G. Grundfreiheiten und Wettbewerbsordnung als Grundlage der Verzweigungen des materiellen primären Unionsrechts	451
I. Marktintegration als Sockel des primären Unionsrechts	452
II. Die Verzweigungen im primären Unionsrecht	452
H. Grundfreiheiten und Wettbewerbsordnung als konzeptionelle Auslöser sekundären Unionsrechts	454
I. Förderung der Funktionsfähigkeit der Grundfreiheiten	454
II. Förderung der rechtlichen Wettbewerbsordnung	459
I. Grundfreiheiten und Wettbewerbsordnung als Grundlage des Wirtschaftsordnungsrechts der Europäischen Union	462
I. Wirtschaftsordnungsrecht	462
II. Wirtschaftsordnungsrecht der Europäischen Union	462
§ 10 Das Recht des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	469
A. Einleitung	474
I. Historische Entwicklung	476
B. Der primärrechtliche Rahmen des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	478
I. Stellung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts im Gesamtsystem	478
II. Der territoriale Anwendungsbereich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	483
C. Die Politiken im Raum der Freiheit der Sicherheit und des Rechts	486
I. Zugangspolitiken	486
II. Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	496
III. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	500
IV. Polizeiliche Zusammenarbeit	504
D. Ausblick	505
§ 11 Das Recht des Ziels der Wirtschafts- und Währungsunion	509
A. Einleitung	512
B. Genese des Ziels	513
C. Zieldimensionen	517
I. Zielfunktionen	517
II. Zielauftrag	528
D. Das Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion im System des Unionsrechts	537
I. Werte der Union	538
II. Binnenmarkt	539
III. Soziale Marktwirtschaft	543

Inhaltsverzeichnis

IV. Kohäsion	546
E. Perspektiven	552
§ 12 Das Recht der Außenbeziehungen	559
A. Einleitung	561
B. Die Basis für Außenbeziehungen – Die EU und das Völkerrecht	563
I. Die Stellung der EU im Völkerrecht	563
II. Die Bedeutung des Völkerrechts im Normengefüge der EU	564
C. Außenbeziehungen im Gesamtkontext der Verträge	568
I. Überblick	568
II. Allgemeine Bestimmungen über das auswärtige Handeln der Union und seine Ziele	569
III. Der außenpolitische Regelungsbestand der supranationalen, ausdrücklichen Zuständigkeiten der Union	572
IV. Außenkompetenzen auf der Grundlage von Innenkompetenzen?	606
V. GASP (Titel V mit Art. 23–46 EUV)	614
D. Die Akteure im Kontext der Verfahren	618
I. Überblick	618
II. Die Verfahren zur Regelung von Außenbeziehungen	618
III. Die Akteure der Union	625
E. Ausblick	632
§ 13 Grundrechtsschutz und Unionsbürgerschaft	639
A. Das Individuum im Prozess der europäischen Integration	642
B. Grundrechtsschutz	643
I. Genese der unionalen Grundrechtsordnung	643
II. Unionsgrundrechte im Europäischen Grundrechtsraum	647
III. Grundfragen einer Lehre der Unionsgrundrechte	682
IV. Herausforderungen des EU-Grundrechtsschutzes	713
V. Grundrechtsdurchsetzung: Judikativer und exekutiver Grundrechtsschutz	722
VI. Perspektiven des unionalen Grundrechtsschutzes	726
C. Unionsbürgerschaft	727
I. Auf dem Weg zur Unionsbürgerschaft	728
II. Die Unionsbürgerschaft – „der grundlegende Status der Angehörigen der Mitgliedstaaten“?	734
III. Die Komplementarität von Staats- und Unionsbürgerschaft im Europäischen Verfassungsverbund	759

§ 14 Prinzipienordnung der Europäischen Union	773
A. Einführung	775
B. Die Unionsrechtsordnung als Prinzipienordnung	778
I. Die Rolle von Prinzipien in der unionalen Rechtsordnung	778
II. Abgrenzungen	779
III. Prinzipientypen	781
IV. Rechtsprinzipien zwischen ungeschriebenem und geschriebenem Recht	781
C. Prinzipien des Unionsrechts	783
I. Prinzip der Integration durch Recht	784
II. Supranationales Prinzip	792
III. Freiheit als Prinzip der europäischen Integration	793
IV. Demokratieprinzip	794
V. Unionsgrundrechte als Prinzipien	795
VI. Grundfreiheiten als Prinzipien	798
VII. Verbundmoderierende Prinzipien	799
VIII. Vollzugsprinzipien	802
IX. Soziale Marktwirtschaft und europäische Wirtschaftsverfassung	803
D. Unionale Prinzipienordnung und mitgliedstaatliche Verfassungsprinzipien	806
E. Unionale Prinzipienordnung und Prinzipien der Völkerrechtsordnung	807
F. Fazit	808
§ 15 Organordnung der Europäischen Union	813
A. Bedeutung der Organordnung	817
I. Organisation und politische Macht	817
II. Bindung an Werte und Ziele	818
III. Sachliche und personelle Ausstattung	819
IV. Sitz der Organe, Agenturen und sonstigen Einrichtungen	819
B. Organisationsgewalt und Personalhoheit	819
I. Organisationsgewalt	820
II. Personalhoheit	822
C. Prinzipien der Organordnung	823
I. Sicherung der Funktionsfähigkeit	823
II. Herstellung eines institutionellen Gleichgewichts	825
III. Sicherung des mitgliedstaatlichen Einflusses	829
IV. Vermittlung demokratischer Legitimation	829
V. Gewährleistung rechtsstaatlicher Kontrolle	830

Inhaltsverzeichnis

D. Haupt- und Nebenorgane	830
I. Europäisches Parlament	830
II. Europäischer Rat	843
III. Rat	847
IV. Kommission	853
V. Gerichtshof der Europäischen Union	862
VI. Europäische Zentralbank	866
VII. Europäischer Rechnungshof	868
VIII. Nebenorgane	870
E. Einrichtungen und Agenturen	873
I. Im Vertrag genannte Einrichtungen	873
II. Aufgrund der Verträge geschaffene Einrichtungen	875
III. Andere Einrichtungen	881
F. Einfluss auf die Organisation der Mitgliedstaaten	883
I. Die EU als Verbundsystem	883
II. Verbundformen	883
III. Verbundwirkungen	889
IV. Verbundgrenzen	890
§ 16 Gesetzgebungsordnung der Europäischen Union	895
A. Die Bedeutung des Gesetzes	899
I. Das Gesetz in der europäisch-historischen Tradition	899
II. Der Kontext der Europäischen Union – zur Unionsgesetzgebung	909
III. Begriff und Konzept des „Gesetzes“ der Europäischen Union	911
B. Wohlgeordnete und demokratisch legitimierte Gesetzgebung	929
I. Wohlgeordnetes Recht als Leitbild für eine „gute Gesetzgebung“ im föderalen Mehrebenensystem	929
II. Demokratische Legitimation der supranationalen Gesetzgebung	934
C. Akteure der supranationalen Gesetzgebung	942
I. Das Europäische Parlament	943
II. Der Europäische Rat	945
III. Der Rat	945
IV. Die Europäische Kommission	949
V. Die nationalen Parlamente	951
VI. Lobbying und Politikberatung in der supranationalen Gesetzgebung	951
D. Gesetzgebungskompetenzen, Handlungsformen und Gesetzgebungsverfahren	957
I. Gesetzgebungskompetenzen	957

II. Handlungsformen des Unionsgesetzgebers	961
III. Gesetzgebungsverfahren	962
E. Ausblick	975
§ 17 Durchführung des Unionsrechts	983
A. Einleitung	986
I. Grundbefunde	986
II. Begriffe und Konzeptionen	990
B. Die europäische Verwaltungsrechtsordnung	993
I. Rechtsgrundlagen und Rechtsschichten	993
II. Verwaltungskompetenzen	999
III. Organisationsstrukturen	1001
IV. Verfahrensstrukturen und Verfahrenselemente	1007
C. Perspektiven	1014
I. Konvergenzentwicklungen	1014
II. Herausforderungen des Individualrechtsschutzes	1015
III. Kodifikationsperspektiven	1020
§ 18 Agenturen der Europäischen Union	1027
A. Einleitung	1029
B. Agenturbegriff	1029
C. Typologie	1032
I. Regulierungs- und Exekutivagenturen	1032
II. Funktionale Unterteilung	1033
D. Rechtsgrundlagen	1033
E. Entwicklung und Gründe	1036
F. Funktionale Betrachtung	1045
I. Errichtung und Befugniszuweisung	1045
II. Maßnahmen von Agenturen und Handlungsformen	1046
III. Einzelne Funktionen	1047
IV. Die Meroni-Rechtsprechung	1051
V. Das Romano-Urteil	1054
VI. Einordnung: direkter/indirekter Vollzug	1054
G. Begrenzung durch Verfassungsstrukturprinzipien	1055
I. Vertikale Schranken	1055
II. Institutionelles Gleichgewicht und Demokratieprinzip	1057

Inhaltsverzeichnis

§ 19 Rechtsschutz in der Europäischen Union	1061
A. Einleitung	1064
B. Gerichtlicher Rechtsschutz: Aufgabenstellung und Herangehensweise	1065
I. Rechtsgrundlagen	1067
II. Zentrale Aufgabenerfüllung: System der Direktklageverfahren	1068
III. Dezentrale Aufgabenerfüllung: Kooperation der Gerichtsbarkeiten im Vorabentscheidungsverfahren	1077
IV. Kooperation im Verbund mit den Verfassungsgerichten der Mitgliedstaaten	1086
V. Rahmenbedingungen der Rechtsschutzgewährleistung durch den Gerichtshof	1088
VI. Umfang und Intensität der gerichtlichen Kontrolle	1090
VII. Rechtsschutz im Unionsrecht: Wahrnehmung zur gesamten Hand	1093
C. Ausblick	1104
§ 20 Finanzordnung der Europäischen Union	1111
A. Entwicklung der Finanzierungsformen	1113
I. Die Finanzierung von EWG und EAG	1113
II. Die Finanzierung der EGKS	1113
III. Der Übergang zur Finanzierung durch Eigenmittel	1114
B. Einnahmen und Ausgaben der Europäischen Union	1117
I. Finanzausstattung	1117
II. Entscheidungskompetenzen	1118
III. Rechtsnatur der Eigenmittelbeschlüsse	1119
IV. Die Eigenmittel der Europäischen Union	1120
V. Sonstige Einnahmen der Union	1123
VI. Eine EU-Steuer als neue Einnahmequelle?	1126
VII. Kompetenz der Union zur Kreditaufnahme	1129
VIII. Der EU-Haushalt	1139
C. Perspektiven: Finanzausgleich und Transferunion	1143
I. Umverteilung durch das Eigenmittelsystem	1143
II. Umverteilung durch Ausgaben	1144
III. Kein Finanzkraftausgleich	1145
IV. Auf dem Weg zur Transferunion?	1146
V. Ausblick: Der Eigenmittelbeschluss 2020	1148

§ 21 Mitgliedschaftsordnung der Europäischen Union	1151
A. Einleitung	1152
B. Mitgliedschaft	1153
I. Beginn der Mitgliedschaft/Beitritt	1153
II. Beendigung der Mitgliedschaft	1161
III. Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	1165
C. Schlussbemerkungen	1172
§ 22 Einheit in Vielfalt: Binnendifferenzierung der EU-Integration	1173
A. Standortbestimmung	1174
I. Politische Integrationskonzepte	1175
II. Binnendifferenzierung im geltenden Recht	1180
B. Praxis supranationaler Binnendifferenzierung	1184
I. Grundmodell: Verstärkte Zusammenarbeit	1184
II. Erfolgreiche Praxis: Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	1190
III. Wirtschafts- und Währungsunion im Zeichen der Krise	1198
IV. Grenzen der Differenzierung: Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik	1204
C. Völkerrechtliche Satellitenverträge	1208
I. Flucht in das Völkerrecht?	1209
II. Schutzvorkehrungen gegen unionsexterne Kooperationen	1210
D. Einheit der Unionsverfassung	1213
I. Wahrung der Rechtsgemeinschaft	1213
II. Einheitlicher institutioneller Rahmen	1215
E. Legitimation der EU-Integration	1217
I. Politische Einheit in Vielfalt	1218
II. Rückwirkungen auf das Legitimationsgefüge	1219
F. Fazit	1222
§ 23 Struktur- und Investitionsfonds der Europäischen Union	1225
A. Einleitung/Verortung im Gesamtsystem	1226
I. Einleitung	1226
II. Historische Entwicklung	1226
III. Einordnung im politischen System	1229
B. Gegenstandsbeschreibung	1230
I. Rechtsgrundlagen	1230
II. Umsetzung auf der Ebene des Mitgliedstaates	1233
III. Primäre und sekundäre Finanzkontrolle	1237

Inhaltsverzeichnis

IV. Exkurs: Beihilfenrechtliche Einordnung	1239
C. Ausblick	1241
I. ESI-Fonds	1241
II. Weitere Fonds	1244
III. Konditionalitätsmechanismus	1244
§ 24 Europäische Atomgemeinschaft	1247
A. Der Euratom-Vertrag im Gefüge des Gemeinschafts- und Unionsrechts	1250
I. Zur Vorgeschichte des Euratom-Vertrages	1250
II. Der Euratom-Vertrag als Energievertrag	1251
III. Der Euratom-Vertrag als sektorieller Vertrag	1253
IV. Der Euratom-Vertrag und die EWG-, EG-, EU-Verträge	1254
V. Euratom-Recht und Euratom-Praxis: Etappen der Vertragsgeschichte	1256
B. Die Aufgaben der Europäischen Atomgemeinschaft im EAGV	1257
I. Kap. 1: Förderung der Forschung (Art. 4–11)	1258
II. Kap. 2: Verbreitung der Kenntnisse (Art. 12 bis 29)	1260
III. Kap. 3: Der Gesundheitsschutz (Art. 30–39)	1261
IV. Kap. 4: Investitionen (Art. 40 bis 44, 172 Abs. 4)	1267
V. Kap. 5: Gemeinsame Unternehmen (Art. 45 bis 51)	1270
VI. Kap. 6: Versorgung (Art. 52 bis 76)	1270
VII. Kap. 7: Überwachung der Sicherheit (Art. 77 bis 85)	1274
VIII. Kap. 8: Das Eigentum (Art. 86–91)	1277
IX. Kap. 9: Der Gemeinsame Markt auf dem Kerngebiet (Art. 92 bis 100)	1278
X. Kap. 10: Außenbeziehungen (Art. 101 bis 106)	1279
C. Exkurs: Die Europäische Atomgemeinschaft und der Brexit	1282
I. Vorgeschichte und Verfahren	1282
II. Die Folgen eines Austritts aus der Europäischen Atomgemeinschaft	1283
III. Die Euratom-bezogenen Fragen des Austrittsabkommens	1289
IV. Schlussbetrachtung	1290
D. Ausblick: Die Zukunft der Europäischen Atomgemeinschaft	1290
I. Euratom und der Ausstieg/Einstieg aus der/in die Kernenergie	1291
II. Euratom und nukleare Sicherheit	1292
III. Euratom und die Endlagerung nuklearer Abfälle	1293
§ 25 Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)	1297
A. Vorgeschichte und Errichtung des ESM	1298
B. Organisationsstruktur und Aufgaben des ESM	1300
I. Organisation des ESM	1300

II. Streitschlichtung	1303
III. Kapital	1303
IV. Haftung	1304
V. Aufgaben und Instrumente	1305
C. Parlamentsbeteiligung	1308
D. Reformpläne	1310
§ 26 Die rechtlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union, Grönland und Dänemark	1313
A. Einleitung	1313
B. Die dänische EU-Mitgliedschaft	1315
C. Grönland und der Gesamtverfassungsrahmen	1317
I. Die Verfassung des Königreichs	1317
II. Die „Hjemmestyre“-Regelung von 1979	1319
III. Die Selbstregierungsregelung von 2009	1320
D. Der Austritt Grönlands aus der EU und die anschließende Assoziierung mit der EU	1321
I. Der ursprüngliche Beitritt 1973	1321
II. Der Austritt 1985	1322
III. Der ÜLG-Status seit 1985	1326
IV. EU-Recht in Grönland als ÜLG	1328
V. EU-Recht in Grönland als „Mitglied“ des Königreiches	1331
VI. Auswirkungen der dänischen Vorbehalte	1333
E. Schlussfolgerungen	1336
§ 27 Europäische Union und Europäische Mikrostaaten	1339
A. Einleitung	1340
B. Die EU und das Co-Fürstentum Andorra	1342
I. Allgemein	1342
II. Handelsbeziehungen	1342
III. Steuerrechtliche Zusammenarbeit	1343
IV. Einführung des Euro	1343
V. Schengen, Personenfreizügigkeit und Soziale Sicherheit	1344
VI. Weitere Kooperation	1344
C. Die EU und das Fürstentum Monaco	1344
I. Allgemein	1344
II. Handelsbeziehungen	1345
III. Steuerrechtliche Zusammenarbeit	1346

Inhaltsverzeichnis

IV. Einführung des Euro	1346
V. Schengen, Personenfreizügigkeit und Soziale Sicherheit	1347
D. Die EU und die Republik San Marino	1347
I. Allgemein	1347
II. Handelsbeziehungen	1348
III. Steuerrechtliche Zusammenarbeit	1348
IV. Einführung des Euro	1349
V. Schengen, Personenfreizügigkeit und Soziale Sicherheit	1349
VI. Weitere Kooperation	1350
E. Die EU und der Staat der Vatikanstadt	1350
I. Allgemein	1350
II. Handelsbeziehungen	1350
III. Einführung des Euro	1351
IV. Schengen	1351
F. Einordnung der Beziehungen der EU zu den europäischen Mikrostaaten	1352
I. Vergleich der Beziehungen	1352
II. Integrationstheoretische Einordnung	1353
G. Weiterentwicklung der Beziehungen der EU zu den AMS-Staaten	1354
§ 28 Die Benelux-Union: Ein Laboratorium für eine erweiterte Integration	1357
A. Einleitung	1357
I. Überblick	1357
II. Historische Entwicklung	1358
III. Die Beziehung zwischen der Benelux-Union und der Europäischen Union	1361
B. Institutionen, Instrumente und Implikationen für die nationale Rechtsordnung	1363
I. Der institutionelle Rahmen	1363
II. Umsetzung des Benelux-Rechts in die nationale Rechtsordnung	1366
III. Gerichtlicher Schutz	1366
C. Schlussbemerkungen	1369

C.

Organisatorisch verfestigte Partnerschaften der Europäischen Union

§ 29 Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR)	1373
A. Entstehung und Ziel	1373
B. Aufbau des EWR-Abkommens	1375
C. Binnenmarkt oder verbesserte Freihandelszone?	1377

D. Die statische Dimension des EWR-Abkommens	1377
I. Binnenmarktähnliche Konzeption	1377
II. Grenzkontrollen von Waren	1378
III. Keine Zollunion	1378
IV. Freizügigkeit der Personen	1378
V. Landwirtschaft und Fischwirtschaft	1378
VI. Wirtschafts- und Währungspolitik	1380
VII. Keine Harmonisierung der indirekten Steuern	1381
VIII. Zusammenfassung	1381
IX. Auslegung und Gerichte	1381
E. Die dynamische Dimension des EWR-Rechts	1384
F. „Eine neue Rechtsordnung des Völkerrechts“	1386
I. Grundsatz	1386
II. Verhältnis EWR-A und EFTA-Staaten	1386
III. Verhältnis EWR-A und EU-Staaten	1387
IV. Eine neue Rechtsordnung?	1387
§ 30 Die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Schweiz	1391
A. Einführung	1392
B. Ziele und Inhalte der Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz	1396
I. Die bilateralen Verträge vor 1999	1396
II. Die bilateralen Verträge von 1999 (Bilaterale Verträge I)	1398
III. Die bilateralen Verträge von 2004 („Bilaterale Verträge II“)	1404
IV. Die bilateralen Verträge nach 2004	1411
C. Rechtsgrundlagen und Kompetenzen	1413
D. Umsetzung und institutioneller Rahmen	1415
E. Der Grundsatz der Gleichwertigkeit der Rechtsvorschriften	1416
F. Grundsatz der Übernahme des EU-Acquis	1417
G. Rechtsentwicklung	1418
H. Berücksichtigung der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Union	1419
I. Streitbelegungsverfahren zwischen den Vertragsparteien	1420
J. Verknüpfungen zwischen den bilateralen Abkommen	1421
K. Stellung der bilateralen Abkommen in den Rechtsordnungen der Vertragsparteien	1422
I. Stellung der bilateralen Verträge in der Rechtsordnung der Europäischen Union	1422

Inhaltsverzeichnis

II. Die Stellung der bilateralen Abkommen in der schweizerischen Rechtsordnung	1424
L. Auslegung der bilateralen Abkommen durch die Gerichte der Vertragsparteien	1426
I. Auslegung der bilateralen Abkommen durch den EuGH	1426
II. Auslegung der bilateralen Verträge durch das Bundesgericht	1428
M. Die unmittelbare Wirkung der bilateralen Abkommen	1429
I. Unmittelbare Wirkung nach der Rechtsprechung des EuGH	1429
II. Unmittelbare Wirkung der bilateralen Abkommen nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts	1431
N. Entwurf eines institutionellen Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Schweiz	1431
I. Rechtsentwicklung	1433
II. Prinzip der einheitlichen Auslegung	1434
III. Überwachung der Anwendung der Abkommen	1435
IV. Streitbeilegungsverfahren zwischen den Vertragsparteien	1436
O. Schlussfolgerung	1437
§ 31 Die Beziehung der Europäischen Union zum Vereinigten Königreich	1443
A. Die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreiches in der Europäischen Union	1450
B. Das Referendum	1453
C. Wahlkampf Referendum	1454
D. Die Folgen des Referendums	1455
E. Das Austrittsverfahren	1456
F. Ausgangspunkte für die Verhandlung über das Austrittsabkommen und die zukünftigen Beziehungen	1457
I. Verhandlungsleitlinien der Europäischen Union	1457
II. Die Verhandlungsstrategie des Vereinigten Königreichs	1463
III. Verhandlungsergebnisse	1466
G. Das Austrittsabkommen	1466
I. Die Übergangsperiode	1467
II. Die Rechte der Bürger	1467
III. Die Trennungsbestimmungen („Separation Provisions“)	1468
IV. Finanzielle Verpflichtungen	1468
V. Das Nordirland-Protokoll (ehemals: „Backstop“)	1469
VI. Der Status Gibraltars	1483
VII. Politische Auseinandersetzungen bis zum Austritt (31.1.2020)	1484
H. Die vertraglichen Beziehungen nach dem Brexit	1486
I. Die Politische Erklärung	1486

II. Gestaltungsoptionen	1488
III. Die Grundlage der zukünftigen Beziehungen: Das Handels- und Kooperationsabkommen	1489
IV. Ökonomische Folgen des Brexit	1527
V. Bewertung des Handels- und Kooperationsabkommens	1530
I. Brexit: ein Fazit	1531
§ 32 Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen Südosteuropa	1533
A. Verortung der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen im Gesamtsystem	1535
I. Rechtsgrundlage	1536
II. Der politische Kontext und die Asymmetrie der Abkommen	1536
III. Die Ziele und der Zweck der Abkommen	1537
B. Parteien und Struktur der Abkommen	1538
C. Institutionen der Abkommen	1539
D. Materielle Regeln der Abkommen	1540
E. Rechtsstatus der Abkommen	1544
F. Auslegung der Abkommen	1545
G. Ausblick	1546
§ 33 Die Östliche Partnerschaft als besondere Ausprägung der Europäischen Nachbarschaftspolitik	1549
A. Einleitung	1551
B. Die Östliche Partnerschaft als besondere Ausprägung der Europäischen Nachbarschaftspolitik	1551
I. Die Grundzüge der Europäischen Nachbarschaftspolitik	1552
II. Die Östliche Partnerschaft	1570
C. Weitere Felder der Zusammenarbeit	1576
I. Schwarzmeersynergie	1577
II. Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum	1577
III. Strategie der Europäischen Union für den Donauraum	1578
§ 34 Abkommen Europäische Union – Türkei	1581
A. Die Entwicklung der europäisch-türkischen Vertragsbeziehungen	1582
B. Assoziationsabkommen Europäische Wirtschaftsgemeinschaft-Türkei	1584
I. Rechtliche Grundlagen der Assoziation Europäische Wirtschaftsgemeinschaft-Türkei	1584
II. Ziele des Assoziationsabkommens	1585
C. Das Assoziationsrecht	1587
I. Primäres und sekundäres Assoziationsrecht	1587

Inhaltsverzeichnis

II. Vertragsparteien und Geltungsbereich	1587
III. Wirkung des Abkommens	1588
IV. Das institutionelle Recht der Assoziation	1592
D. Zollunion	1595
E. Rechtsangleichung	1597
I. Allgemeines	1597
II. Autonomer Nachvollzug	1598
F. Ausblick	1599
§ 35 Europa-Mittelmeer-Abkommen – Union für das Mittelmeer	1605
A. Das EUROMED: Ein sehr weites Kooperationsfeld	1606
I. Ein Rahmen zur Errichtung einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kooperation	1607
II. Bilaterale Abkommen zur Errichtung einer dualen, engen und realistischen Kooperation	1608
B. Der Euro-Mittelmeerraum: Vielfältige, aber begrenzte Instrumente	1613
I. Die vorrangige Rolle der Assoziations- und Kooperationsabkommen	1613
II. Die grundlegendere Finalität des EUROMED Prozesses	1616
C. Die Union für den Mittelmeerraum	1618
I. Herkunft	1618
II. Ziele	1619
III. Handlungsmöglichkeiten	1620
IV. Organe	1620
V. Bewertung	1621

D.

Weitere europäische Organisationen

§ 36 Europarat	1625
A. Der Europarat als europäische Organisation	1626
I. Einführung	1626
II. Entstehung und Entwicklung des Europarats	1627
III. Rechtspolitische Einordnung	1629
IV. Der Europarat im Spektrum europäischer Organisationen	1629
B. Aufbau und Tätigkeit des Europarats	1630
I. Organe	1630
II. Mitgliedschaft und Einbindung Dritter	1637
III. Aufgaben	1639
IV. Handlungsformen	1640

V. Einzelne Tätigkeitsbereiche	1643
VI. Verhältnis zur Europäischen Union	1651
C. Bewertung und Ausblick	1658
§ 37 Europäische Freihandelszone (EFTA)	1661
A. Einleitung	1662
I. Allgemeines	1662
II. Entstehung und Entwicklung der EFTA	1663
B. Organisation und Tätigkeiten der EFTA und ihrer Mitgliedstaaten	1666
I. Der Regelungsgehalt des EFTA-Übereinkommens – ein Überblick	1666
II. Organe und Institutionen	1667
III. Zu den Beziehungen der EFTA bzw. der EFTA-Staaten zur EU	1670
IV. Zu den Beziehungen der EFTA zu Drittstaaten	1676
V. Zur Auslegung des EFTA-Übereinkommens	1678
C. Bewertung	1680
§ 38 Mitteleuropäisches Freihandelsabkommen (Central European Free Trade Agreement – CEFTA)	1683
A. Geschichtlicher Hintergrund	1684
I. Gründung der CEFTA	1684
II. Abänderungsverträge	1685
III. Beitritt zur CEFTA	1685
IV. CEFTA 2006	1685
B. Rechtliche Grundlage und Rechtsnatur	1686
C. Ziele	1687
D. Struktur der CEFTA-Abkommen	1688
E. Verfahren und Institutionen	1689
I. Gemeinsamer Ausschuss	1689
II. Vorsitz	1690
III. Sekretariat	1690
IV. Mediation und Schiedsgerichtsbarkeit	1691
F. Instrumente	1692
I. Industrielle Erzeugnisse	1692
II. Landwirtschaftliche Erzeugnisse	1693
III. Ursprungsregeln	1694
IV. Technische Handelshemmnisse – CEFTA 2006	1694
V. Staatliche Monopole	1695
VI. Zahlungen	1695

Inhaltsverzeichnis

VII. Geistiges Eigentum	1696
VIII. Ausnahmen	1697
IX. Kontingentschutzbestimmungen – CEFTA 2006	1698
X. Wettbewerb	1699
XI. Staatliche Beihilfen	1701
XII. Öffentliches Beschaffungswesen	1701
XIII. Neuere Handelsfragen – CEFTA 2006	1702
XIV. Sonstige Vorschriften	1704
G. Allgemeine Bewertung und Ausblick	1704
§ 39 Nordischer Rat und Nordischer Ministerrat	1707
A. Nordische Zusammenarbeit im historischen Kontext	1707
I. Politische Verflechtungen	1707
II. Kulturelle Verflechtungen	1708
III. Rechtliche Verflechtungen	1708
IV. Die Nordische Zusammenarbeit seit dem 19. Jahrhundert	1709
B. Der Nordische Rat	1710
I. Gründung und Rechtsgrundlage	1710
II. Aufgaben	1710
III. Organisationsstruktur	1710
C. Der Nordische Ministerrat	1712
I. Gründung und Rechtsgrundlage	1712
II. Aufgaben	1713
III. Struktur	1713
IV. Verhältnis zum Nordischen Rat	1714
V. Finanzierung	1714
D. Tätigkeiten und Errungenschaften	1715
I. Rechtliche Zusammenarbeit	1715
II. Kulturelle Zusammenarbeit	1716
III. Die soziale Zusammenarbeit	1716
IV. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit	1716
V. Zusammenarbeit im Verkehrs- und Fernmeldewesen	1717
VI. Zusammenarbeit im Umweltschutz	1717
VII. Zusammenarbeit in sonstigen Angelegenheiten	1718
E. Gesamtwürdigung und Verhältnis zur Europäischen Union	1719

§ 40 Ostseerat	1721
A. Historischer Kontext	1721
B. Rechtsgrundlage und Ziele	1723
C. Institutionelle Struktur	1725
D. Verfahren	1727
E. Erfolge	1728
F. Bewertung	1729
G. Jüngste Entwicklungen	1730
§ 41 Europäische Patentorganisation	1731
A. Die Europäische Patentorganisation als zwischenstaatliche Einrichtung der europäischen Patentrechtsordnung	1736
I. Die EPO Patentorganisation im Überblick	1737
II. Das Patentwesen als rechtspolitischer Rahmen	1738
III. Die EPO in der globalen Rechtsordnung	1744
B. Grundstrukturen des Europäischen Patentrechts	1750
I. Die Rechtsquellen des Europäischen Patents	1751
II. Allgemeine und Institutionelle Regelungen	1755
III. Allgemeine Regelungen und Gemeinsame Vorschriften	1763
IV. Materiellrechtlicher Gehalt	1765
V. Das Patentverfahren	1773
VI. Rechtsschutz und Wegfall Europäischer Patente	1774
C. Perspektiven der Europäischen Patentrechtsordnung	1778
I. Europäischer Rechtsrahmen	1778
II. Bemühungen um ein Weltpatent	1782
§ 42 EUROCONTROL	1785
A. Einführung	1785
B. Organisatorisches	1786
C. Die vertragliche Entwicklung	1787
I. Die ursprüngliche Konvention von 1960	1787
II. Das Protokoll von 1981	1788
III. Das revidierte EUROCONTROL-Übereinkommen von 1997	1789
D. Organisationsstruktur	1790
I. Die vorläufige Struktur	1790
II. Die neue Struktur nach Inkrafttreten der Konvention von 1997	1791
III. Finanzierung und Flugsicherungsgebühren	1792
E. Wesentliche Arbeit von EUROCONTROL	1792

Inhaltsverzeichnis

F. Zum Verhältnis der EU zu EUROCONTROL	1793
G. Perspektiven	1795
§ 43 Europäische Normungsorganisationen	1797
A. Die europäischen Normungsorganisationen	1800
I. Das Europäische Komitee für Normung (CEN)	1802
II. Europäisches Komitee für elektrotechnische Normung (CENELEC)	1803
III. Europäisches Institut für Telekommunikationsnormen (ETSI)	1804
B. Europäische Normen	1805
I. Definition von Normen und technischen Standards	1805
II. Rechtsnatur und Erlass von europäischen Normen	1807
C. Normung und Europäisches Kartellrecht	1816
I. Normung und Art. 101 AEUV	1816
II. Art. 102 AEUV	1829
III. Standardessentielle Patente, FRAND-Erklärungen, dingliche Wirkungen und Vertragsrecht	1843
D. Zusammenfassung	1845
§ 44 Die Energiegemeinschaft	1851
A. Die Entstehungsgeschichte und Ziele der Energiegemeinschaft	1855
B. Die Mitgliedschaft in der Energiegemeinschaft	1858
C. Die Institutionen der Energiegemeinschaft	1859
D. Der Rechtsbestand der Energiegemeinschaft	1863
I. In die Energiegemeinschaft übernommenes EU-Recht	1863
II. Autonomes Recht der Energiegemeinschaft	1866
E. Das Beschlussfassungsverfahren in der Energiegemeinschaft	1867
I. Das Rechtsetzungsverfahren	1867
II. Das Verfahren der Rechtsdurchsetzung	1869
F. Ausblick	1872
§ 45 Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	1875
A. Einleitung	1878
B. Ziele und Aufgaben	1879
C. Geschichte	1879
D. Mitgliedschaft und Kooperationsbeziehungen	1882
I. Mitgliedschaft und Beitritt	1883
II. Kooperationsbeziehungen	1886

E. Organisationsstruktur, Arbeitsmethoden und Instrumente	1892
I. Organe	1892
II. Arbeitsmethoden der OECD	1894
III. Instrumente der OECD	1896
IV. Entscheidungsfindung	1897
V. Finanzierung	1898
F. Die Arbeit der OECD in ausgewählten Politikbereichen	1899
I. Einleitung: Internationale Standardisierung durch soft law	1899
II. Welthandel	1900
III. Investitionen	1903
IV. Umwelt	1904
V. Corporate Governance	1906
VI. Korruptionsbekämpfung	1908
VII. Steuern	1910
VIII. Weitere Themen	1912
G. Ausblick	1913
§ 46 Europäische Forschungs- und Bildungsorganisationen	1915
A. Begriffsbestimmung	1916
B. Unionsrechtliche Grundlagen	1916
I. Forschung	1916
II. Bildung	1920
C. Akteure im Verbund der Europäischen Union	1924
I. Forschung: Gemeinsame Forschungsstelle	1924
II. Bildung	1925
III. Das Europäische Hochschulinstitut	1926
D. Europäische Forschungseinrichtungen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)	1928
I. Öffentliche Trägerschaft	1928
II. Gemischte oder private Trägerschaft	1941
E. Europäische Bildungseinrichtungen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)	1959
I. Öffentliche Trägerschaft	1959
II. Gemischte oder private Trägerschaft	1968
F. Exkurs: Verbände	1971
G. Ausblick	1972

Inhaltsverzeichnis

§ 47 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	1977
A. Einleitung	1979
B. Die OSZE im Detail	1980
I. Historische Entwicklung	1980
II. Teilnehmerstaaten und Partnerstaaten	1986
III. Die Organisationsstruktur der OSZE	1988
IV. Die Völkerrechtssubjektivität der OSZE	1993
V. Vorrechte und Immunitäten	1996
VI. Budget und Personal	2000
VII. Die Dimensionen der OSZE	2000
VIII. Instrumente zur Konfliktvermeidung und Krisenbewältigung	2023
IX. Zusammenarbeit mit anderen Akteuren auf globaler und regionaler Ebene	2025
X. Das System der friedlichen Streitbeilegung innerhalb der OSZE	2030
C. Konfliktmanagement durch die OSZE in Aktion: Zwei Beispiele	2035
I. Der Konflikt in der Ukraine seit 2014	2036
II. Das Wiederaufflammen des bewaffneten Konflikts um Bergkarabach im Jahr 2016	2040
D. Fazit und Ausblick	2043
§ 48 WEU und NATO	2045
A. Grundlagen	2045
I. WEU und NATO im System der europäischen Organisationen	2045
II. Der verteidigungspolitische Sonderweg im europäischen Einigungsprozess	2047
III. Integrationshemmnisse	2047
IV. Entwicklungsschritte	2048
B. Die rechtliche und institutionelle Ausgestaltung	2053
I. Vertragspflichten und Verbandskompetenzen	2053
II. Institutionelle Strukturen	2056
III. NATO und WEU im UN-System	2063
C. Jüngere Entwicklung und Perspektiven	2064
I. NATO	2064
II. WEU	2066
§ 49 Die Eurasische Wirtschaftsunion	2067
A. Einrichtung, Grundsätze und Ziele	2067
B. Kategorien der Politik	2069

C. Organe	2070
I. Der Oberste Eurasische Wirtschaftsrat	2070
II. Der Eurasische Regierungsrat	2071
III. Die Eurasische Wirtschaftskommission	2071
IV. Das Gericht der EAWU	2073
D. Eurasisches Integrationsrecht	2074
E. Auswärtiges Handeln	2075
F. Ausblick	2076
§ 50 Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	2077
A. Historischer Kontext	2077
B. Vertragliche Grundlage und Grundsätze	2079
C. Rechtsnatur der Organisation, Mitglieder und Mitgliedschaft	2080
D. Die Ziele	2081
E. Die Organe	2082
F. Ausblick – Perspektiven	2084

E.

Perspektiven der europäischen Integration

§ 51 Zur offenen Finalität der europäischen Integration	2089
A. Einleitung	2090
I. Europäische Integration als Prozess	2090
II. Deutungsversuche	2091
III. Kriterien für die Bestimmung der Finalität	2092
B. Die Dynamik in der Entwicklung der Aufgaben und Ziele	2095
I. Entwicklung	2096
II. Status quo	2099
III. Perspektiven	2100
C. Instrumente des Integrationsprozesses	2102
I. Allgemeine Probleme	2102
II. Grundverständnisse der europäischen Rechtsordnung	2106
III. Kompetenzen	2112
D. Institutionen und Entscheidungsverfahren	2116
I. Grundlagen	2116
II. Organübergreifende Fragen	2122
III. Zu den einzelnen Organen	2123
IV. Verbundstrukturen	2127

Inhaltsverzeichnis

E. Mitgliedschaftliche Struktur	2132
I. Beitritt	2132
II. Austritt	2134
III. Differenzierende Integration	2134
IV. Perspektiven	2136
F. Gesamtperspektiven	2136
Allgemeines Literaturverzeichnis	2141
Stichwortverzeichnis	2149

Bearbeiterverzeichnis

<i>Prof. Dr. Necla Akdağ Güney</i> Yeni Yüzyıl Üniversitesi Istanbul	§ 34	Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei
<i>Prof. Dr. Christian Baldus</i> Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg	§ 6	Rechtswissenschaftliche Anforderungen des Europarechts
<i>Bianca Böhme LL.M.</i> Universität des Saarlandes	§ 45	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
<i>RA Dr. Dominik Braun</i> Stuttgart	§ 33	Die Östliche Partnerschaft als besondere Ausprägung der Europäischen Nachbarschaftspolitik
<i>RA Dr. Manuel Brunner, LL.M. (Maastricht)</i> Lehrbeauftragter Helmut-Schmidt-Universität Hamburg	§ 47	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
<i>Dr. Dirk Buschle</i> Sekretariat der Energiegemeinschaft, Wien	§ 44	Energiegemeinschaft
<i>Ass.-Prof. Dr. Merijn Chamon</i> Universität Maastricht	§ 28	Die Benelux-Union
<i>Prof. Dr. Claus Dieter Classen</i> Universität Greifswald	§ 51	Die offene Finalität des Integrationsprozesses
<i>Prof. Dr. Philippe Coursier</i> Universität Paris-Descartes	§ 35	Europa-Mittelmeer-Abkommen – Union für das Mittelmeer
<i>RiEuGH Prof. Dr. Dr. h. c. Thomas von Danwitz</i> Gerichtshof der Europäischen Union, Luxemburg	§ 19	Rechtsschutz in der Europäischen Union
<i>Prof. em. Dr. Thomas Eger</i> Universität Hamburg	§ 3	Die wirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen der europäischen Integration
<i>Prof. Dr. Astrid Epiney</i> Universität Freiburg i. Ue.	§ 37	Europäische Freihandelszone (EFTA)
<i>Prof. Dr. Volker Epping</i> Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover	§ 47	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Bearbeiterverzeichnis

<i>Vera Fiebelkorn</i> Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg, Potsdam	§ 23	Struktur und Investitions- fonds der Europäischen Union
<i>Stine von Förster</i> Universität Hamburg	§ 7	Die historische Entwick- lung der Europäischen Union
	§ 15	Organordnung der Europäischen Union
<i>Nicola Forster</i> <i>Foraus</i> – Forum Außenpolitik, Zürich	§ 27	Europäische Union und Mikrostaaten
<i>Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hans Petter Graver</i> Universität Oslo	§ 29	Europäischer Wirtschafts- raum
<i>Dr. Andreas Grimmel</i> Europa-Kolleg Hamburg	§ 2	Die integrationstheoreti- schen Grundlagen des Europarechts
<i>Prof. Dr. Jürgen Grunwald M.C.L.</i> Brüssel	§ 24	Europäische Atomgemein- schaft
<i>Prof. Dr. Ulrich Häde</i> Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)	§ 20	Finanzordnung der Europäischen Union
	§ 25	Europäischer Stabilitäts- mechanismus
<i>Prof. Dr. Ines Härtel</i> Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)	§ 16	Gesetzgebungsordnung der Europäischen Union
<i>Prof. Dr. Armin Hatje</i> Universität Hamburg	§ 1	Europäisches Organisati- ons- und Verfassungsrecht
	§ 7	Die historische Entwick- lung der Europäischen Union
	§ 15	Organordnung der Europäischen Union
<i>Dr. Wolfgang Heusel</i> Europäische Rechtsakademie, Trier	§ 46	Europäische Forschungs- und Bildungsorganisatio- nen
<i>Prof. Dr. Dr. h.c. Stephan Hobe</i> Universität zu Köln	§ 42	Eurocontrol
<i>Dr. Lena Hornkohl, LL.M. (College of Europe)</i> Max Planck Institute Luxembourg for International, European and Regulatory Procedural Law	§ 43	Europäische Normungsor- ganisationen (CEN, CEN- ELEC, ETSI)
<i>Prof. Dr. Cord Jakobeit</i> Universität Hamburg	§ 2	Die integrationstheoreti- schen Grundlagen des Europarechts

<i>RA Dr. Lorenz Jarass</i> Frankfurt a.M.	§ 39	Nordischer Rat und Nordischer Ministerrat
<i>Prof. Dr. Christine Kaddous</i> Universität Genf	§ 30	Die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Schweiz
<i>Prof. Dr. Friedemann Kainer</i> Universität Mannheim	§ 31	Die Beziehung der Europäischen Union zum Vereinigten Königreich
<i>Prof. Dr. Zhenis Kembayev</i> KIMEP Universität, Almaty/Kasachstan	§ 49	Eurasische Wirtschaftsunion
<i>Prof. Dr. Sebastian Graf von Kielmansegg</i> Christian-Albrechts-Universität Kiel	§ 48	Westeuropäische Union (WEU) und Nordatlantikpakt (NATO)
<i>Prof. Dr. Miklós Király</i> Eötvös-Loránd-Universität Budapest	§ 38	Mitteuropäisches Freihandelsabkommen (CEFTA)
<i>Prof. Dr. Jan Klabbers</i> Universität Helsinki	§ 40	Ostseerat
<i>Prof. Dr. Markus Kotzur</i> Universität Hamburg	§ 5	Völkerrechtliche Grundlagen des Europarechts
<i>Prof. Dr. Dr. h. c. Kazimierz Lankosz</i> Jagiellonen-Universität Krakau	§ 50	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)
<i>Prof. Dr. Franz C. Mayer</i> Universität Bielefeld	§ 4	Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Europarechts
<i>Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter-Christian Müller-Graff, Ph.D.h.c., MAE</i> Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg	§ 1	Europäisches Organisations- und Verfassungsrecht
	§ 8	Die Vertragsziele der Europäischen Union
	§ 9	Das Recht des Binnenmarktes: Grundfreiheiten und Wettbewerbsordnung
<i>Prof. Dr. Till Müller-Ibold, LL.M.</i> Rechtsanwalt in Brüssel, Universität Passau	§ 12	Das Recht der Außenbeziehungen
<i>Dr. iur. des. Tobias Naef</i> Universität Zürich	§ 27	Europäische Union und Europäische Mikrostaaten
<i>Prof. Dr. Ulla Neergaard</i> Universität Kopenhagen	§ 26	Die rechtlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union, Grönland und Dänemark

Bearbeiterverzeichnis

<i>Prof. Dr. Joakim Nergelius</i> Universität Örebro	§ 39	Nordischer Rat und Nordischer Ministerrat
<i>Prof. Dr. Matthias Pechstein</i> Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)	§ 21	Mitgliedschaftsordnung der Europäischen Union
<i>Prof. Dr. Roman Petrov</i> Nationale Universität Mohyla Akademie, Kiew	§ 33	Die Östliche Partnerschaft als besondere Ausprägung der Europäischen Nach- barschaftspolitik
<i>Dr. Hans Arno Petzold</i> Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein, Kiel	§ 23	Struktur- und Investitions- fonds der Europäischen Union
<i>Dr. Hannes Rathke, LL.M.</i> Deutscher Bundestag, Berlin	§ 11	Das Recht des Ziels der Wirtschafts- und Wäh- rungsunion
<i>Prof. Dr. René Repasi</i> Erasmus Universität Rotterdam	§ 10	Das Recht des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
<i>RiEuGH Prof. Dr. Siniša Rodin</i> Gerichtshof der Europäischen Union, Luxemburg	§ 32	Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen mit Südosteuropa
<i>RA Dr. Nicolas Sölter, LL.M.</i> Hamburg	§ 18	Agenturordnung
<i>Prof. Dr. Gernot Sydow, M.A.</i> Universität Münster	§ 17	Durchführung des Unions- rechts
<i>Prof. Dr. Jörg Philipp Terbechte</i> Leuphana-Universität Lüneburg/University of Glasgow	§ 14	Prinzipienordnung der Europäischen Union
<i>Prof. Dr. Daniel Thym</i> Universität Konstanz	§ 22	Einheit und Vielfalt im Europarecht
<i>Prof. Dr. Robert Uerpmann-Witzack</i> Universität Regensburg	§ 36	Europarat
<i>Prof. Dr. Peter Van Elswege</i> Universität Gent	§ 28	Die Benelux-Union
<i>Pieter Van Vaerenbergh, LL.M.</i> Universität des Saarlandes	§ 45	Organisation für Wirt- schaftliche Zusammenar- beit und Entwicklung (OECD)
<i>Prof. em. Dr. Hans-Jürgen Wagoner</i> Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)	§ 3	Die wirtschaftswissen- schaftlichen Grundlagen der europäischen Integra- tion

Bearbeiterverzeichnis

<i>Prof. Dr. Andrea Wechsler</i> Hochschule Pforzheim	§ 41	Europäische Patentorganisation
<i>Prof. Dr. Mattias Wendel</i> Universität Leipzig	§ 4	Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Europarechts
<i>Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger</i> Universität Augsburg	§ 13	Unionsbürgerschaft und Grundrechte

Abkürzungsverzeichnis

aA	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
AASM	Assoziierte Afrikanische Staaten und Madagaskar
Abg.	Abgeordneter
AbkGemOrg.	Abkommen über gemeinsame Organe für die Europäischen Gemeinschaften
abl.	ablehnend
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl. EG (EU)	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft (jetzt: der Europäischen Union)
ABl. EGKS	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ABl. EPA	Amtsblatt EPA/Official Journal EPO/Journal Officiel OEB
Abs.	Absatz
AbsFondsG	Absatzfondsgesetz
Abschn.	Abschnitt
Abt.	Abteilung
abw.	abweichend
AdR	Ausschuss der Regionen
aE	am Ende
ÄndG	Gesetz zur Änderung
ÄndVO	Verordnung zur Änderung
AERP	Europäische Agentur für Forschung und Entwicklung
AETR	Europäisches Übereinkommen über die Arbeit der im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrzeugbesatzungen
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der EU
aF	alte Fassung
AFDI	Annuaire Français de Droit International
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AFIG	Agrar- und Fischereifonds-Informations-Gesetz
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Die Aktiengesellschaft, Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen
AG	Aktiengesellschaft
AgrarR	Agrarrecht (Zeitschrift)
AID	Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
AIF	Alternativer Investmentfonds
AIFK	Betreiber eines alternativen Investmentfonds
AJCL	American Journal of Comparative Law
AJDA	Actualités Juridiques de Droit Administratif
AJIL	American Journal of International Law
AKP-Staaten	Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (Mitgliedstaaten der Lomé-Abkommen)
AktG	Aktiengesetz
allg.	allgemein
aM	anderer Meinung
AmstV	Amsterdamer Vertrag
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Ann.eur.	Annuaire européen (= EuYB)

Abkürzungsverzeichnis

AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ARB	Assoziationsratsbeschluss
ArbG	Arbeitsgesetz
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
ArchVR	Archiv des Völkerrechts
Art.	Artikel
ASIL	American Society of International Law
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
ATV	Allgemeine Tarifierungsvorschrift
AUE	Acte Unique Européen
AufenthG/EWG	Aufenthaltsgesetz/EWG
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
AUR	Agrar- und Umweltrecht (Zeitschrift)
AuS	Arbeit und Sozialpolitik
AusfO	Ausführungsordnung
AuslG	Ausländergesetz
AWD	Außenwirtschaftsdienst
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AW-Prax	Außenwirtschafts-Praxis
AWVO	Außenwirtschaftsverordnung
Az.	Aktenzeichen
AZO	Allgemeine Zollordnung
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAnz.	Bundesanzeiger
BArbBl.	Bundesarbeitsblatt
BauGB	Baugesetzbuch
BayAgrarWiG	Bayerisches Agrarwirtschaftsgesetz
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Der Betriebs-Berater
BbankG	Gesetz über die Deutsche Bundesbank
BBiG	Bundesbildungsgesetz
BBodenSchG	Bundesbodenschutzgesetz
Bd.	Band
BeaSt	Beamtenstatut
BeitrA	Beitrittsakte
Benelux-Staaten	Belgien, Niederlande, Luxemburg
Ber.	Berichte der Kommission über die Wettbewerbspolitik (jährlich seit 1972)
BErzGG	Bundeserziehungsgeldgesetz
Beschl.	Beschluss
BetrPrämDurchfG	Betriebsprämierendurchführungsgesetz
BetrPrämDurchfV	Betriebsprämierendurchführungsverordnung
BewG	Bewertungsgesetz
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BFH	Bundesfinanzhof

BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofes
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIRD	Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
BIZ	Bank für internationalen Zahlungsausgleich
BK	Berichtigungskoeffizient
BKartA	Bundeskartellamt
BLE	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
BLwG	Bundeslandwirtschaftsgesetz
BMELF	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BML	Bundesministerium für Landwirtschaft
BMU	Bundesministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit
BMVEL	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
BNetzA	Bundesnetzagentur
BR-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundesrates
BReg.	Bundesregierung
BSB	Beschäftigungsbedingungen für die Sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften
BSC	Ausschuss für Bankenaufsicht
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BSP	Bruttosozialprodukt
bspw.	beispielsweise
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BüL	Berichte über Landwirtschaft (Zeitschrift)
BulLEG	Bulletin der Europäischen Gemeinschaften
BulleU	Bulletin der Europäischen Union
BuW	Betrieb und Wirtschaft
BVA	Beratender Verbraucherausschuss
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BYIL	British Yearbook of International Law
BZBl.	Bundeszollblatt
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CCCE	Comité de Contact des Consommateurs des Communautés Européennes
CDE	Cahiers de droit européen

Abkürzungsverzeichnis

CE	Communauté(s.) Européenne(s.)
CEE	Communauté Economique Européenne
CEEP	Centre Européen de l'Entreprise Publique
CEMT	Europäische Konferenz der Verkehrsminister
CEN	Comité Européen de Normalisation
CENELEC	Comité Européen de Normalisation Electronique
CEPT	Conférence Européenne des Administrations des Postes et des Télécommunications (Europäischen Konferenz der Verwaltungen für Post und Fernmeldewesen)
CERD	Comité de la Recherche et du Développement
CESAME	Sachverständigengruppe für Clearing und Abrechnung
CM	Common Market
CMA	Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft
CMLR	Common Market Law Review
COCOM	Communications Committee (Kommunikationsausschuss)
COREPER	Comité des Représentants Permanents des États Membres
COST	Coopération européenne dans la domaine de la Recherche Scientifique et Technique
CR	Computer und Recht
CREST	Comité de la Recherche Scientifique et Technique
DAC	Development Assistance Committee / Ausschuss für Entwicklungshilfe
DB	Der Betrieb
DCSI	Diritto comunitario e degli scambi internazionali
ders.	derselbe
dh	das heißt
DHA	Deutsches Handelsarchiv
dies.	dieselbe(n)
DienstanwK	Dienstanweisung für den Kanzler (des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften)
DIN	Deutsches Institut für Normung
Dir.int.	Diritto internazionale
DirektZahlVerpflG	Direktzahlungen-Verpflichtungengesetz
DirektZahlVerpflV	Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Dok.	Dokument
DOM	Departements d'outre mer (französische überseeische Departements)
Dr.	Droit
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drs.	Drucksache
DS	Droit Social
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DVAuslG	Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVO	Durchführungsverordnung
DWA	Direktwahlakte
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

E.	Entwurf
EA	Europa-Archiv; Europaabkommen
EA/D	Europa-Archiv (Dokumente)
EAFE	Europäischer Ausschuss für Forschung und Entwicklung
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EAS	Europäisches Arbeits- und Sozialrecht
EBA	European Banking Authority
ebd.	ebenda
EBWE	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ECA	Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika
ECAC	Europäische Zivilluftfahrtkonferenz
ECAFE	Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten
ECC	Electronic Communications Committee (Ausschuss für elektronische Kommunikation)
ECE	Economic Commission for Europe
ECLR	European Competition Law Review
ECOSOC	Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
ECRC	European Coalition for Responsible Credit
ECU	European Currency Unit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEC	European Economic Community(ies)
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EFTA	Europäische Freihandelszone
EFWZ	Europäischer Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit
EG	Europäische Gemeinschaften
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGFL	Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMO	Einheitliche Gemeinsame Marktorganisation
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft
EGZ	Europäische Gesellschaft für Zusammenarbeit
EIB	Europäische Investitionsbank
EIF	Europäischer Investitionsfonds
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
EIPR	European Industrial Property Review
EJIL	European Journal of International Law
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
ELEC	Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
ELR	European Law Review

Abkürzungsverzeichnis

EMRK	Europäische Menschenrechts-Konvention
endg.	endgültig
EnergieStG	Energiesteuergesetz
Entsch.	Entscheidung
entspr.	entsprechend
EÖD	Europäischer Öffentlicher Dienst
EP	Europäisches Parlament
EPA	Europäisches Patentamt
EPC	European Payments Council
EPD oder EPPD	Einheitliches Programmplanungsdokument
EPG	Europäische Patentgerichtsbarkeit
EPL	European Public Law
EPLA	Europäisches Übereinkommen über Patentstreitigkeiten
EPO	Europäische Patentorganisation
EPÜ	Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen) vom 5.10.1973 in der Fassung der Revisionsakten vom 17.12.1991 und 29.11.2000, Textsammlung Gewerblicher Rechtsschutz, Wettbewerbsrecht, Urheberrecht, Nr. 520
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ERE	Europäische Rechnungseinheit
ERG	European Regulators Group
Erl.	Erläuterungen
ESA	European Space Agency
ESF	Europäische Wissenschaftsstiftung
ESFS	Europäisches Finanzaufsichtssystem
ESMA	European Securities and Markets Authority
ESME	Expertengruppe Europäische Wertpapiermärkte
ESRB	European Systemic Risk Board
EStG	Einkommensteuergesetz
ESVI	Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
etc	et cetera
ETL	European Transport Law
ETS	European Treaty Series
ETSI	European Telecommunications Standards Institute
EU	Europäische Union
EU/EWR-HwV	Verordnung über die für Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz geltenden Voraussetzungen für die Ausübung eines zulassungspflichtigen Handwerks
EuG oder EuGeI	Europäisches Gericht 1. Instanz
EuGen	Europäische Genossenschaft
EuGGes	Europäische Gegenseitigkeitsgesellschaft
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGHMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGVÜ	Europäischer Gerichtsstand- und Vollstreckungsübereinkommen

EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUR	EURO
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EurBSt.	Europäisches Beamtenstatut, Europäisches Statut der Beamten der Gemeinschaften
EuRH	Europäischer Rechnungshof
EURONET	Europäisches Informations- und Datenübertragungsnetz
EurWi.	Europäische Wirtschaft
EuV	Europäischer Verein
EUV aF	Vertrag über die Europäische Union
EUV nF	Vertrag über die Europäische Union (Lissabon)
EuYB	European Yearbook
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
evtl.	eventuell
EVV	Europäischer Verfassungsvertrag
EWA	Europäisches Währungsabkommen
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWI	Europäisches Währungsinstitut
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem; Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
EZB	Europäische Zentralbank
EZU	Europäische Zahlungsunion
f.	folgende
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	fortfolgende
FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung
FKVO	Fusionskontrollverordnung
FIAF	Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei
FIDE	Fédération Internationale de Droit Européen
Fin.Arch.	Finanzarchiv
FMSBechlG	Gesetz zur Beschleunigung und Vereinfachung des Erwerbs von Anteilen an sowie Risikooptionen von Unternehmen des Finanzsektors durch den Fonds „Finanzmarktstabilisierungsfonds – FMS“ (Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetz)
FMStErgG	Gesetz zur weiteren Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz)
FMStFG	Gesetz zur Errichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds
FMStG	Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktstabilisierungsgesetz)
Fn.	Fußnote
FR	Finanz-Rundschau
FS	Festschrift
FSB	Financial Stability Board

Abkürzungsverzeichnis

FSC	Financial Services Committee
FSCG	Financial Services Consumer Group
FusV	Fusionsvertrag
G.	Gemeinschaft; Gesetz
GA	Generalanwalt
GA	Goltdammers Archiv
GAK	Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATS	Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
GB	Jährlicher Gesamtbericht der Kommission der EG
GD	Generaldirektion
GebO	Gebührenordnung
gem.	gemäß
GenG	Genossenschaftsgesetz
GEREK	Gremiums Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation
GewO	Gewerbeordnung
GewStG	Gewerbsteuergesetz
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
GFS	Gemeinsame Forschungsstelle
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GHP	Gemeinsame Handelspolitik
GM	Gemeinsame Maßnahme
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GMO	Gemeinsame Marktordnung
GO	Geschäftsordnung
GPÜ	Gemeinschaftspatentübereinkommen
GRC	Grundrechtecharta
grds.	Grundsätzlich
GrdStVG	Grundstücksverkehrsgesetz
grundl.	grundlegend
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Auslands- und internationaler Teil
GS	Gedächtnisschrift
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GU	Gazetta Ufficiale
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	(deutsches) Gerichtsverfassungsgesetz
GVO	Gruppenfreistellungsverordnung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GZT	Gemeinsamer Zolltarif
GYIL	German Yearbook of International Law

hA	herrschende Auffassung
HdB	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
HKG	Handelsklassengesetz
hL	herrschende Lehre
hM	herrschende Meinung
HO	Haushaltsordnung
HöfeO	Höfeordnung
HolzabsFondsG	Holzabsatzfondsgesetz
Hrsg., hrsg.	Herausgeber, herausgegeben
Hs.	Halbsatz
HwO	Handwerksordnung
HZA	Hauptzollamt
iA	im Auftrag
IAA	Internationales Arbeitsamt
IAEO	Internationale Atom-Energie-Organisation
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IATA	International Air Transport Association
ICAO	International Civil Aviation Organisation
ICJ	International Court of Justice
ICJ-Rep.	International Court of Justice; Reports of Judgements, Advisory Opinions and Orders
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
IDA	Internationale Entwicklungsorganisation
idF	in der Fassung
idR	in der Regel
idS	in diesem Sinne
ieS	im engeren/eigentlichen Sinn
IFC	Internationale Finanz-Corporation
IFG	Informations-Freiheitsgesetz
IGH	Internationaler Gerichtshof
IIC	International Review of Industrial Property and Copyright Law
ILA	International Law Association
ILC	International Law Commission
ILM	International Legal Materials
ILO	International Labour Organization
IMO (früher IMCO)	International Maritime Organization
InfAuslR	Informationsbrief Ausländerrecht
insbes.	insbesondere
InVeKosDG	InVeKos-Datengesetz
InVeKosV	InVeKos-Verordnung
InVeKosS	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem
IPEA	International Preliminary Examination Authority
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
ISA	International Search Authority
iSd	im Sinne des/r
iSv	im Sinne von
iVm	in Verbindung mit

Abkürzungsverzeichnis

IWB	Internationale Wirtschaftsbriefe
IWF	Internationaler Währungsfonds
iwS	im weiteren Sinn
JA	Juristische Arbeitsblätter
JAR	Jahrbuch des Agrarrechts
JArbZeitG	Jugendarbeitszeitgesetz
JBl	Juristische Blätter
JBL	Journal of Business Law
JCMS	Journal of Common Market Studies
JCP	Jurisclasseur périodique – La semaine juridique
JdEI	Jahrbuch der Europäischen Integration
JDI	Journal du Droit international
JIR	Jahrbuch des Internationalen Rechts
JO	Journal Officiel de la République Française
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
JR	Juristische Rundschau
JurBüro	Juristisches Büro
JuS	Juristische Schulung
JT	Journal des Tribunaux
JWTL	Journal of World Trade Law
JZ	Juristenzeitung
KartR	Kartellrecht
Kfz.	Kraftfahrzeug
KindArbSchG	Kindesarbeitsschutzgesetz
KMB	Klein- und Mittelbetriebe
KMU	Kleinere und mittlere Unternehmen
KN	Kombinierte Nomenklatur
KOM	Kommissionsdokument(e)
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KrW-/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KSE	Kölner Schriften zum Europarecht
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KWG	Kreditwesengesetz
LegRegG	Legehennenregistrierungsgesetz
Lfg.	Lieferung
LFGB	Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch
LHO	Landeshaushaltsordnung
LIEI	Legal Issues of European Integration
lit.	litera
LMBG	Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz
LRE	Lebensmittelrechtliche Entscheidungen (Zeitschrift)
Ls.	Leitsatz
M.	Meinung
MA	Markenartikel

MarktStrG	Marktstrukturgesetz
MBL	Ministerialblatt
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht
MilchAbgV	Milchabgabenverordnung
MilchQuotV	Milchquotenverordnung
MinBLNW	Ministerialblatt Nordrhein-Westfalen
Mio.	Million(en)
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law
MLR	The Modern Law Review
MMR	Multi Media und Recht
MOE	Mittel- und Osteuropa
MOEL	mittel- und osteuropäische Länder
MOG	Marktorganisationsgesetz
Mrd.	Milliarde(n)
mwN	mit weiteren Nachweisen
MWSt.	Mehrwertsteuer
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge
nF	neue Folge; neue Fassung
NGA	Next Generation Access
NGI	Neues Instrument gemeinschaftlicher Anleihen und Darlehen
NGO	Non-governmental Organization(s.)
NIMEXE	Warenverzeichnis für die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten
NJ	Neue Justiz
NJB	Niederlands Juristenblad
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NL-BzAR	Neue Landwirtschaft – Briefe zum Agrarrecht (Zeitschrift)
NRO	Nichtregierungsorganisation(en)
NRZZ	Nomenklatur des Rates über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NuR	Natur und Recht
nv	noch nicht in der amtlichen Slg veröffentlicht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVBl.	Nordrheinwestfälisches Verwaltungsblatt
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
ÖBA	Österreichisches Bank-Archiv
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
öDRdA	Das Recht der Arbeit
OEEC	Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit
ÖJT	Verhandlungen des österreichischen Juristentages
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung

Abkürzungsverzeichnis

ÖZÖffR	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht
ÖZöRV	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht
ÖZW	Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLAF	Office Européen de Lutte Antifraude
OVG	Oberverwaltungsgericht
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PCT	Patentzusammenarbeitsvertrag
PharmaR	Pharmarecht
PJZS	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PLT	Patent Law Treaty (Patentrechtsvertrag)
PrivProt.	Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften
Prot.	Protokoll
PVS	Politische Vierteljahresschrift
PVÜ	Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des geistigen Eigentums vom 20.3.1883
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAE	Revue des affaires européennes
Ratsbeschl.	Ratsbeschluss
RB	Rahmenbeschluss
RBDI	Revue belge de droit international
RdA	Recht der Arbeit
RdE	Recht der Energiewirtschaft
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
RdL	Recht der Landwirtschaft (Zeitschrift)
RDUE	Revue du droit de l'Union Européenne
RE	Rechnungseinheit
REACH	Registration, Evaluation and Authorization of Chemicals
Rec.	Recueil des Cours de l'Académie de Droit International de la Haye
RFDA	Revue Française de Droit administratif
RGAT	Revue Générale des Assurances Terrestres
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON)
RHDI	Revue Hellenique de Droit International
RIDC	Revue Internationale de Droit Comparé
RIPIA	Revue internationale de la propriété industrielle et artistique
Riv. dir. eur.	Rivista di diritto europeo
Riv. dir. int.	Rivista di diritto internazionale
RIW [I/AWD]	Recht der Internationalen Wirtschaft [-Außenwirtschaftsdienst]
RL	Richtlinie
RLT	Raccolta delle lezioni Trieste, hrsg. vom Istituto per lo studio dei Trasporti nell'integrazione economica europea
RMC	Revue de Marché commun
RMCUE	Revue du Marché commun et de l'Union européenne
RMT	Rechtsgeleerd Magazijn Themis
RMUE	Revue du Marché Unique Européen
Rn.	Randnummer

ROW	Recht in Ost und West
Rs.	Rechtssache
RSC	Radio Sectrum Committee (Frequenzausschuss)
RSPG	Radio Spectrum Policy Group (Gruppe für Frequenzpolitik)
Rspr.	Rechtsprechung
RStV	Rundfunkstaatsvertrag
RTDE	Revue trimestrielle du droit européen
RVO	Reichsversicherungsordnung
RZZ	Rat über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens
s.	siehe
S.	Seite
s. o.	siehe oben
s. u.	siehe unten
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen
SE	Societas Europaea (Europäische Aktiengesellschaft)
SEK	Dokumente des Sekretariats der KOM
SEPA	Single European Payments Area
SEW	Sociaal Economische Wetgeving
Sgb	Die Sozialgerichtsbarkeit
SGB	Sozialgesetzbuch
Slg	Sammlung (der Rspr. des EuGH)
Slg ÖD	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofs – Öffentlicher Dienst
sog	sogenannte(n)(r)
SozR	Sozialrecht, Entscheidungssammlung BSG
Spiegelstr.	Spiegelstrich
SPTL	Substantive Patent Law Treaty
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
STABEX	System zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse für die von den AKP-Staaten nach der Gemeinschaft ausgeführten Waren
StGB	Strafgesetzbuch
StGH	Staatsgerichtshof
StHG	Staatshaftungsgesetz
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
StoffR	Zeitschrift für Stoffrecht
StPO	Strafprozessordnung
str.	streitig
StuW	Steuer und Wirtschaft
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung
SVN	Satzung der Vereinten Nationen
SZR	Sondererziehungsrechte
TA	Technische Anleitung
TAC	Gesamtfangmenge (total allowable catch)
tir.	tiret (Spiegelstr.)
TKG	Telekommunikationsgesetz
tlw	teilweise
TMG	Telemediengesetz
Tr.	Traité
TR	Transportrecht

Abkürzungsverzeichnis

TranspR	Transportrecht
TRIPS	Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights
Tsd.	Tausend
ua	unter andere(m)(n); und andere
UCLAF	Unité de Coordination de la Lutte Antifraude
überw.	überwiegend
UEBL	Union Economique Belgo-Luxembourgoise
UEC	(Journal UEC) Zeitschrift der Union Européenne des Experts Comptables
UGB	Umweltgesetzbuch
UIG	Umweltinformationsgesetz
ÜLG	Überseeische Länder und Gebiete
umstr.	umstritten
UN	Vereinte Nationen
UNCITRAL	Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht
UNCTAD	Welthandelskonferenz
UNEP	Programm der Vereinten Nationen für den Umweltschutz
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNICE	Union der Industrien der Europäischen Gemeinschaft
UNIDO	UN-Organisation für industrielle Entwicklung
UNO	United Nations Organisation
UNRWA	Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge
unstr.	unstreitig
Unterabs.	Unterabsatz
UNTS	United Nations Treaty Series
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
UR	Umsatzsteuer-Rundschau
Urt.	Urteil
UStG	Umsatzsteuergesetz
UStR	Umsatzsteuer-Richtlinie(n)
usw	und so weiter
UTR	Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts
uU	unter Umständen
UVR	Umsatz- und Verkehrssteuerrecht
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
Var.	Variante
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VE	Verpflichtungsermächtigung
verb.	verbunden
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VerfO	Verfahrensordnung
VerwArch.	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VK	Vereinigtes Königreich

VN	Vereinte Nationen
VO	Verordnung
VÖB	Verband öffentlicher Banken
VOBK	Verfahrensordnung der Beschwerdekammern
VOGBK	Verfahrensordnung der Großen Beschwerdekammer
Vorbem.	Vorbemerkung
VR	Verwaltungsrundschau
VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht
VuR	Verbraucher und Recht
VV	Verwaltungsvorschrift
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer
VWD	Vereinigter Wirtschaftsdienst
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
vZA	verstärkte Zusammenarbeit
WAB	Währungsausgleichsbetrag bzw. -beträge
WB	Wettbewerbsbericht
WBl	Wirtschaftsrechtliche Blätter, Beilage zu "Juristische Blätter"
WEU	Westeuropäische Union
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WHO	World Health Organisation
WiGBL	Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
WiR	Wirtschaftsrecht
WissR	Wissenschaftsrecht
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung
W.L.R.	The Weekly Law Reports
WM	Wertpapiermitteilungen
WpDVerOV	Verordnung zur Konkretisierung der Verhaltensregeln und Organisationsanforderungen für Wertpapierdienstleistungsunternehmen
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuss
WTA	Welttextilabkommen, Multifaserabkommen
WTO	Welthandelsorganisation
WÜV	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WVRK	Wiener Vertragsrechtskonvention
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
YEL	Yearbook of European Law
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBJI	Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres
zB	zum Beispiel
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZE	Zahlungsermächtigung
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für europarechtliche Studien
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht